

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin N. O., Winterfeldtstr. 24  
 Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6408  
 Redakteur: Emil Dittmar

Worte:  
 Staats- und Gemeindebetriebe  
 sollen Mitarbeiter sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
 Samstags veränderlich durch die Post (ohne Bezahlung)  
 2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3104

## Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1910. (I.) Die „Arbeiterfreunde“ im Münchener Rathhaus. (I.) — Lohnerhöhung und Erfolg einer allgemeinen Arbeitervorbereitung in Kaiserslautern. — Eine „Muster“-Betriebskrankenkasse. — Lohnerhöhung und Krankenlohn in Pirmasens. — Die Arbeiterfrage. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. Zum neuen Jahre. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Totenkiste. — Feuilleton: Das Recht auf die Strafe!

## Rückblick auf das Jahr 1910.

### I.

Unter Hinweis auf die von uns neu geschaffene Rubrik „Aus Politik und Volkswirtschaft“, die im neuen Jahrgang möglichst regelmäßig erscheinen soll, können wir unsere Streifzüge auf politischem Gebiete diesmal kurz fassen. . . .

Wohl selten häuften sich die politischen Ereignisse in einem Jahre so mannigfaltig wie 1910. Schon der sozialdemokratische Preuentag im Januar brachte einen schönen Auftakt zur Wahlrechtsbewegung, die dann während der ersten Hälfte des Jahres gewaltig anschwellte bis zu den bekannten Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin, Frankfurt a. M. und vielen anderen Städten. Unvergesslich wird der „Trepptower Spaziergang“ im Berliner Tiergarten in der Geschichte der Polizeiblamagen sein, und wer sich in diesen ersten Tagen den Sinn für Humor noch ein klein wenig bewahrt hat, dem zuckt es um die Lippen, wenn er sich der komischen Situation erinnert, in die die vergeblich wartenden Jagowjünger geraten waren. Als dann die gewaltigste Demonstration, die Preußen je gesehen hat, dennoch in Leipzig zustande kam, da mag mancher wohl die feste Hoffnung im Busen genährt haben: Jetzt muß man in Preußen nachgeben! Leider erwies sich die Wirkung als nicht nachhaltig genug. Die politischen Ereignisse überstürzten sich zudem im Herbst etwas und so mußten wir den neuen Ansturm etwas vertagen. Weltweit im Jahre 1911, wo die Reichstagswahlen alles politische Interesse auf sich konzentrieren, eine preukische Wahlrechtsbewegung in Fluß kommt, bleibt abzuwarten. Keinesfalls darf diese Frage von der Tagesordnung verschwinden.

Zahlreiche Kongresse beschäftigten im verfloßenen Jahre das öffentliche Interesse. Im Mittelpunkt stand der internationale Arbeiterkongress in Kopenhagen. Die Fehler, die sich durch ungenügende Vorbereitungen und zu große Teilnehmerzahl bemerkbar machten, werden für den folgenden Wiener Kongress 1913 hoffentlich vermieden werden. Immerhin hat der Kopenhagener Kongress besonders in der Genossenschaftsfrage gute Arbeit geleistet.

Das gleiche ist vom Magdeburger Parteitag zu sagen. Auch hier ist die positive Leistung: Anerkennung der Konsumgenossenschaften. Wir haben von jeder dieser Dinge eine erhebliche Bedeutung für die Arbeiter bemessen, und es soll unsere Aufgabe sein, auch im neuen Jahre in unserem Mitgliederkreise dem Genossenschaftsgedanken freie Bahn zu schaffen.

Der Reichstag hatte außer den Staatsberatungen nicht allzu viel erhebende Momente. Im neuen Jahre soll durch Erweiterung der wöchentlichen Reichstagsberichte unseren Lesern noch eindringlicher wie bisher nahegelegt werden, den politischen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und sich nach Möglichkeit politisch aktiv zu beteiligen. Es gilt im bevorstehenden Reichstagswahlkampf alle Kräfte mobil zu machen.

Das Jahr 1910 bedeutet für die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Fortschritt in bezug auf Mitgliederzahl und Finanzen. Sicher sind jetzt weit über 2 Millionen Arbeiter in den freien Gewerkschaften vereinigt, und da die gute Wirtschaftskonjunktur des verfloßenen Jahres auch 1911 andauern wird, so sind die vielbesprochenen „Grenzen“ der Gewerkschaftsbewegung noch nicht abzusehen. Alle Drucksprüche hierüber haben sich bislang als haltlos erwiesen. Etwas anders freilich steht es mit den Erfolgen in bezug auf Besserstellung der Arbeiter. Durch den vermehrten Lebensmittel- und Fleischwucher waren die Arbeiter genötigt, heftige Kämpfe zu führen. Am imposantesten war der Kampf der Bauarbeiter mit circa 160 000 Ausgesperrten. Wenn hier die Arbeiter Sieger blieben trotz der Millionen, die die Scharfmacher an den Kampf wandten, so beweist das unseres Erachtens unzweifelhaft: die Gewerkschaften sind nicht am Ende, sondern erst am Anfang ihres Daseins. Und wenn der Oberschärfer Bueck in seiner Testamentrede ingrimmig das Jugendschicksal machen mußte: die Arbeiterorganisationen sind nicht mehr niederzujwingen, so erfüllt uns das mit stolzer Freude.

Daraus folgert natürlich nicht etwa ein „Ruhebedürfnis“, im Gegenteil: die Gewerkschaften wissen, daß die Kämpfe auch fernerhin noch umfangreicher werden und daß sie nur durchhalten können, wenn alle Kräfte aufs äußerste angespannt werden. Sie wissen, daß der Opfermut der Mitglieder noch ganz erheblich gesteigert, die viel zu langsame Konzentration in leistungsfähigere Industriebünde, beschleunigt werden muß. Aber auch die politische Aufklärung und Betätigung aller Gewerkschaftsmitglieder muß uns als Ziel vorschweben. Denn je zielklarer und ideeller die Bewegung aufgebaut ist, um so schlagkräftiger, kampffähiger werden wir dastehen.

Würden wir nur den engeren Rahmen unserer materiellen Forderungen und Leistungen im Auge behalten, kein Zweifel, eine Vertwässerung des Gewerkschaftslebens wäre die Folge. So aber bleiben wir ständig im Fluß, und das immer mehr in den Gewerkschaften zur Geltung kommende Gebiet der Sozialpolitik bildet gewissermaßen die Brücke zur Erkenntnis der Notwendigkeit politischer Anteilnahme.

Das Jahr 1910 bietet eine recht dürftige sozialpolitische Bilanz. Wohl sind zahlreiche Fragen aufgerollt, wenig aber zu Ende geführt worden. Anstatt in allen Gemeinden paritätische Arbeitsnachweise zu schaffen gemäß dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, hat man wieder einmal im Stellenvermittlergesetz den Pelz gewaschen, ohne ihn nah zu machen. Den Ausbeutern der Arbeitslosen wird auch in Zukunft nicht etwa das Handwerk gelegt, sondern allenfalls eingeschränkt. Noch resultatlos sind die Erörterungen über eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ausgefallen. Es bleibt beim alten mit Ausnahme ganz weniger Gemeinden, die ihre soziale Pflicht erkannt haben und das Genter System einführen, müssen die Gewerkschaften nach wie vor die Mittel allein aufbringen, um die Opfer des heutigen Wirtschaftssystems über Wasser zu halten. Die Arbeitskammern hängen noch im Reichstag. Ob die bisherige blauschwarze Majorität das Gesetz noch zustande bringt oder — was wir wünschen — der neue Reichstag seinen besseren Befähigungsnachweis damit antritt, wird sich bald zeigen. Auch die Reichsversicherungssordnung verblühte besser den neuen R. d. N.

Die Arbeiterchaft hat jedenfalls alles aufgegeben, um gegen die jetzt geplanten Verschlechterungen zu Felde zu ziehen. Im Frühjahr 1910 fand dieserhalb ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß statt, der von sachkundiger Seite viel einwandfreies Material beibrachte, um die Unhaltbarkeit des jetzigen Entwurfs nachzuweisen. Aber — wenn die Arbeiter tagen, ist die Regierung taub und blind, es sei denn, diese Arbeiter sind — gelb und „vaterländisch“.

Die Verjudung liegt nahe, schon jetzt die Resultate aus dem Moabitier Prozeß in den Bereich unserer Betrachtungen zu rücken. Denn er hat weit über den Rahmen des lokalen Ereignisses hinaus für die Gewerkschaften insofern Bedeutung, als man ein Arbeitswilligengesetz damit begründen wollte, wie Parteivorstand und Generalkommission das in ihrem Aufruf (Nr. 41 der „Gewerkschaft“) dargelegt haben.

Was ist nun aus der Moabitier Tragikomödie geworden? Ein Zena des preußischen Polizeisystems! Das darf schon jetzt ohne Übertreibung gesagt werden. Die zahlreichen Uebergriffe der Polizei, von denen auch die friedlichsten Bürger nicht verschont blieben, Attacken und Säbelstochereien auf Weiber, Kinder und Hilflose, das sollte ein „Schutzgesetz gegen Polizei“ auslösen. Wenn das freigesinnte Bürgertum nur einigermaßen seine eigenen politischen Interessen wahrnehmen wollte, müßte es genau so wie die Arbeiterchaft Front gegen solche Polizeivillkür machen. Der deutsche Spießer aber ist heilfroh, wenn er nicht selber vor der Säbelslinge stand und überläßt wieder einmal der Sozialdemokratie den Kampf um Bürgerrecht und Bürgerfreiheit. Doch über diese Dinge wird nach Abschluß des Prozesses noch einiges zu sagen sein.

Vorerst sehen wir den angedrohten Ausnahmegesetzen, die, wie Bethmann Hollweg versichert, „keine sein sollen“, in Ruhe entgegen.

Wir wissen, die Wirtschaftskämpfe sowohl als die politischen Kämpfe im neuen Jahre werden noch größere Opfer, größere Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterchaft erfordern. Das sieht uns aber nicht an! Wir rufen vielmehr allen Kameraden, die mit uns im Felde stehen, zu:

**Glück auf, zu neuen Kämpfen im neuen Jahr!**

## Die „Arbeiterfreunde“ im Münchener Rathaus.

I.

Vor etwa zehn Jahren zählten die christlichen städtischen Arbeiter in München nach ihren eigenen Angaben mehr als 1000 Mitglieder, die freilich im Laufe der Jahre und des Geschickes sich auf wenige Hundert Mannlein bezimmerten. Entsprechend dieser zahlenmäßigen Wandlung hat sich auch eine Erscheinung durchgesetzt, die man im gewöhnlichen Leben von „einem Extrem ins andere fallen“ nennt.

Gefiel man sich früher in der Rolle, sich gegen den Fortschritt zu stemmen und die Anträge unseres Verbandes als undurchführbar usw. zu bezeichnen, so versucht man nun da und dort die „Noten“ zu übertrumpfen, was indessen den Mitgliederschwind nicht aufhalten kann. Man hat sich im christlichen Lager sogar einen „Arbeitervertreter“ in der Person des Bahnadjunkten und Gemeindevorstands Karl Reigle, der einerseits in Versprechungen den städtischen Arbeitern gegenüber, andererseits auch in der strupellosen Befämpfung der Gegner sogar sehr erhebliches leistet. Wurde doch dessen journalistische Fingerfertigkeit an zwei Münchener Zentrumsredakteuren mit je 76 M., nebst den üblichen Beilagen gewertet, ungeachtet dessen, was persönlich für ihn selbst noch im Zukunftsschoke liegt.

Dah bei dieser gegebenen Sachlage natürlich Zentrum Trumpf ist, versteht sich am Rande. Und so führt uns der Weg so ganz von selbst ins Rathaus, um dort die Taten der Freunde des Herrn Karl Reigle, nämlich die Zentrumsdeputaten, in ihrem ersprießlichen Wirken zum Wohl und Heile der städtischen Arbeiter einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Dort im Münchener Rathaus geht nämlich gegenwärtig etwas drüber und drunter. Die Liberalen hatten bisher im Gemeindevorstand die Majorität. Bei der letzten Gemeindevahl 1908, die zum ersten Male nach dem Proporz stattfand, überlisteten die Jungliberalen ihre Parteifreunde „älterer Sorte“, und so kamen vier Jungliberale ins Kollegium, denen sich der Demokrat Dr. Luidde bei seinen — bildlich gesprochen — pendelnden Haltungen an und zu nähert. Nun sind diese Jungliberalen reichlich konfus veranlagt, und man hat ab und zu das Gefühl, daß irgendein künstlicher Scheiterhaufen in sich zusammenpoltert. Die Herren liberalen „Kollegen älterer Sorte“ hingegen sind etwas konservativ und speziell arbeiterfeindlich veranlagt. Kurz, das Ende der Komödie war, daß sie sich nicht, wie es üblich ist, „kriegten“, sondern vielmehr sich „zerkriegten“.

Da einerseits die städtischen Finanzen und die Aufstellung des Haushaltungsetats eine wie immer gebildete Mehrheit nötig machen, andererseits aber auf die jungliberalen Outsider kein rechter Verlaß war, so spulte schon voriges Jahr das Geipst der „Paarung“ zwischen Altliberalen und Ultramontanen, welch hübsches Geschäft indessen durch das rechtzeitige Hinwegziehen des Scharniers durch die sozialdemokratische Presse vereitelt wurde. Damals hatte es die Regelung der Beamten- und Arbeiterverhältnisse den Scharfmachern schwarzer und liberaler Couleur angetan.

Was 1909 nicht gelang, brachte man 1910 fertig mit dem Unterschied, daß man anstatt „Paarung“ das Wort „Verständigung der bürgerlichen Parteien“ ersand. Und da wären wir nun bei den Mitkontrahenten dieses zweifelhaften Sichtwechsels, nämlich den Zentrumsfreunden des Herrn Karl Reigle — gelandet. Eigentlich ist es belustigend, wie sich zum Beispiel gerade dieser Herr Karl Reigle in nicht wenigen Fällen genötigt sieht, gegen seine Zentrumsparteiliebe und mit den von ihm so verlästerten Sozialdemokraten zu stimmen.

Dadurch wird doch die Arbeiterfreundlichkeit derer vom Zentrum am deutlichsten illustriert, und der „Einsiedler“ Karl Reigle möchte einem fast dauern, denn die vom Zentrum scheren sich den Teufel um die Forderungen selbst der christlichen städtischen Arbeiter. Haben sie sich doch gerührt, am Etat derart mitgearbeitet, ja die Zusammenstellung geradezu geführt zu haben, um das diesjährige Ergebnis zu ermöglichen.

Dieses „Ergebnis“ ist nun freilich durch die großen Abstriche bei den städtischen Betrieben für die städtischen Arbeiter ein sehr fragwürdiges. Ueberall wurde abgezwackt, Wasserbau, Straßenbau usw. Bei der Stadtgärtnerei wurden allein 70 000 M. abgestrichen; die Folge wird sein, daß ein Teil der städtischen Arbeiter entlassen werden muß.

Noch ärger trieben es die Freunde Karls, die Herren vom Zentrum, bei der öffentlichen Beratung des Haushaltungsetats im Magistrat. Der Handwerksretter, Magistratsrat Nagler, räusperte sich da u. a. nachdem die christliche Organisation eine Eingabe der Leidenträger gemacht hatte:

„Über sind die Einnahmen einer Reihe von Anstalten zurückgegangen, so bei den Begräbnisanstalten. Es ist zu dauern, wenn es durch die Verhältnisse der Gemeinde unmöglich gemacht werden sollte, die Ueberschüsse, die andere Städte aus ihren Betrieben herauswirtschaften, selbst zu erzielen, infolge unbilliger Forderungen der Interessenten, Arbeiter und Bediensteten. Die Schuld hieran wird dann nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die Sozialdemokraten treffen.“

Und an anderer Stelle bemerkte dieser Zentrumsmann Nagler: „Auch in bezug auf die Löhne und das allgemeine Entgegenkommen sind die Klagen unnützlich.“

So also pfeift der offizielle Zentrumswind, und was Herr Märkl den städtischen Arbeitern vortreibt, ist im allerhöchsten Falle seine eigene Meinung, mit der er eben beim Zentrum alleine steht. Gerade das ist es aber, was allgemein seitens der städtischen Arbeiter zu wenig beachtet wird.

Wer den Dingen aufmerksam folgt, wird wiederholt gefunden haben, daß das Zentrum sich feindlich gegen die Regiebetriebe der Stadt stellt. Würde diese Partei die Macht dazu haben, dann würde so mancher städtische Arbeiter daran glauben müssen. Es sei nur erinnert an die Haltung des Zentrums beim Ankauf des Asphaltwerkes durch die Stadt, die Ablehnung der Schmelze beim Wasserbau, der Schneidwerkstätte bei der Straßenbahn; es sei erinnert an die wiederholte Verhinderung des Rechtsrates Panzer (Zentrum) von der Wiederverpachtung der städtischen Gaswerke und andere Gelegenheiten mehr. Und in den Kommissionen tun die Herren vom Zentrum das Möglichste, die Regiearbeit möglichst zu beschränken und an deren Stelle Submissionen auszufahren. Sogar draussen im Quellengebiet hat man schon angefangen.

Wenn doch Herr Märkl gerade darüber einmal bei den christlichen städtischen Arbeitern reden wollte? —

### Lohnerhöhung und Erlaß einer allgemeinen Arbeitsordnung in Malterslautern.

Im September 1909 reichte der Vorstand der Filiale Malterslautern dem Stadtrat ein Gesuch um Erhöhung des Lohns und Erlaß einer Arbeitsordnung ein. In dem beigegebenen Entwurf einer Arbeitsordnung waren gefordert:

1. Neunstündige Arbeitszeit für die Tagarbeiter.
2. Achtstündige Arbeitszeit für die Schichtarbeiter.
3. Bezahlung der Ueberstunden mit 100 Proz. Lohnzulage.
4. Achtstündige Lohnzahlung.
5. Entfernungszulagen von 1 bis 2 Mk. täglich je nach Entfernung.
6. Bezahlung kürzerer Arbeitsverläufe entsprechend dem § 616 des B. G. B.
7. Weiterzahlung des Lohnes bei Erkrankungen nach einjähriger Dienstzeit.
8. Vermehrung der Zahl der Urlaubstage.
9. Bezahlung der Wochenfeiertage.
10. Bezahlung des Lohnes bei militärischen Übungen.
11. Einführung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Mehr als ein Jahr ist verflossen, bis endlich diese Forderungen ihre Erledigung fanden, und auch heute sind die Bestimmungen über die Alters- und Hinterbliebenenversorgung noch nicht festgelegt.

Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung unserer Wünsche entgegenstanden, waren recht erhebliche. Der Arbeiterausschuß war merkwürdigerweise die erste Instanz, die sich gegen die Forderungen wandte, und hinter ihm stand die Ortsverwaltung des Verbandes der Maschinen- und Feizer. Der Hauptgrund dieser Gegnerschaft war wohl die Tatsache, daß man sich über die Tragweite unserer Forderungen nicht klar werden konnte oder wollte. So hieß es zum Beispiel: „Wir brauchen keine Arbeitsordnung; solange wir keine haben, brauchen wir uns nicht danach zu richten.“ — Lohnforderungen wollte der Arbeiterausschuß erst im Sommer 1910 eingereicht wissen. Wie falsch dieser leigere Standpunkt war, geht schon aus der einfachen Tatsache hervor, daß die Lohnerhöhung mit Rücksicht darauf, daß die Forderungen im Herbst 1909 eingereicht wurden, ab 1. April 1910 nachbezahlt wurden, so daß die Arbeiter kurz vor Weihnachten bis zu 128 Mk. nachbezahlt erhielten, ein gewiß nicht kleiner Betrag, der bei der Taktik des Arbeiterausschusses natürlich verloren gewesen wäre. Nach einigen Auseinandersetzungen mit dem Arbeiterausschuß reichte auch dieser am 20. November Lohnforderungen ein, die etwas weiter gingen als die unfrigen und in der Hauptsache auf Einführung von Wochenlöhnen lauteten.

Auf dem Stadthaus war man nicht sehr entzückt von den Forderungen der Arbeiter, und es dauerte recht lange, bis man sich ernsthaft damit befahte. Als Hauptgründe für das lange Hinausschieben der Forderungen wurden dem Gauleiter Hedmann vom Oberbürgermeister genannt, die Lohnerhöhung im Anfang des Jahres 1909, die umfangreichen Erhebungen in anderen Städten, die Tatsache, daß verschiedene Lohnforderungen eingereicht waren und die am 1. Januar in großer Zahl neu eingetretenen Stadträte, die noch nicht genügend eingearbeitet seien.

Alles muß aber schließlich einmal zum Ziele kommen, und so ist denn auch nach wiederholtem, recht lebhaftem Drängen unsererseits die Sache im November zur Beratung gekommen, sehr gegen den Willen der rechtsstehenden Minderheit des Stadtrats. Genehmigt wurde unter lebhaften Kämpfen folgender

#### Lohnsalarif: a) Für ständige Arbeiter (Wochenlohn):

Lohnklasse	Bezeichnung der Arbeiter-Gruppen	Dienstjahre					
		1-3	4-6	7-9	10-12	13-15	16 u.
I	Handwerker:*)						
	Schicht-Arbeiter . . .	28,50	29,90	31,30	32,90	34,10	35,50
	Tag-Arbeiter . . .	27,00	28,20	29,40	30,60	31,80	33,00
II	Handwerker:**)						
	Schicht-Arbeiter . . .	25,50	26,90	28,30	29,70	31,10	32,50
	Tag-Arbeiter . . .	24,00	25,20	26,40	27,60	28,80	30,00
III	Lagner:†)						
	Schicht-Arbeiter . . .	22,00	23,40	24,80	26,50	28,20	29,80
	Tag-Arbeiter . . .	20,50	21,70	22,90	24,50	26,10	27,70

\*) Mit abgeschlossener Lehrzeit auf selbständigen Posten, wie Maschinenführer, Reparatur-Schlosser, Monteure.

\*\*) In Hilfsarbeiterstellung und angelernte Arbeiter auf selbständigen Posten (mehr frühere Lagner), wie Kohrleger, Rehaehiffen, Lampenwärter, Schachtreiniger, Maschinenwärter, Feizer, Obleute der Straßenreinigung, Hilfsaufseher, Mühlhauswärter.

†) Anmerkung 1: Die Lagner können erst mit dem 21. Lebensjahr in die Lohnklasse III und mit dem 24. Lebensjahr in die Lohnklasse II eingerechnet werden.

Anmerkung 2: Als Stundenlohn-Ansatz für Ueberstunden und Abzüge gilt für Schichtarbeiter der 50. und für Tagarbeiter der 54. Teil des jeweiligen normalen Wochenlohnes.

#### b) Für unständige Arbeiter (Stundenlohn).

1. Für Handwerker 40—55 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde.
2. Für Lagner 35—45 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde.
3. Für jüngere Arbeiter unter 21 Jahren bis zu 35 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde.
4. Für nicht mehr völlig rüstige Arbeiter je nach Leistung 28—40 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde.
5. Für Arbeiterinnen bis zu 30 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde.

#### c) Vergütung für außergewöhnliche Arbeiten.

Hier werden Zuschläge bezahlt: 1. Beim Reinigen der Kessel und Rauchabzüge pro Stunde 10 Pf. 2. Beim Anstreichen der Kessel im Innern mit Teer pro Stunde 20 Pf. 3. Beim Reinigen der Brunnenhäute im Elektrizitätswerk pro Stunde 40 Pf. 4. Beim Arbeiten im Wasser anlässlich von Kanalausführungen und Verlegung von Wasserleitungsabzweigen 15 Pf., bei Kanal- und Dachreinigung 20 Pf. 5. Entfernungszulagen: Bei Arbeiten an Stellen, welche auf dem kürzesten Weg gemessen, 2,5 Kilometer und mehr sowohl von der Wohnung des Arbeiters als auch vom Orte der normalen Arbeitsstätte entfernt sind, wird in solchen Fällen, in denen der Weg zur Arbeitsstätte außerhalb der normalen Dienstzeit zurückzulegen ist, eine Entfernungszulage bezahlt. Diese beträgt 50 Pf. pro Tag, wenn der Arbeiter in der Lage ist, sein Mittagessen zu Hause einzunehmen und 1 Mk. pro Tag, wenn dieses nicht möglich ist.

#### d) Dienstkleidung.

Die Monteure und Arbeiter des Elektrizitäts- und Wasserwerks, die in den Häusern arbeiten müssen, erhalten jedes Jahr, wenn erforderlich, eine Dienstmütze.

Die sowohl von uns als auch vom Arbeiterausschuß geforderte Erreichung des Höchstlohns nach zehn statt nach fünfzehn Dienstjahren ist also nicht erreicht worden.

Die Arbeitsordnung brachte die Einführung der von uns geforderten neun- bezw. achtstündigen Arbeitszeit. Ueberstunden werden mit einer Lohnzulage von 50 Prozent vergütet, die Entfernungszulage beträgt 50 Pf. pro Tag. Der Lohn wird als Wochenlohn in achtstündigen Terminen bezahlt.

An den Vorabenden der Feiertage, Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist für die Tagarbeiter zwei Stunden früher Feierabend. Die in die Woche fallenden Feiertage werden den ständigen Arbeitern bezahlt, auch wenn sie nicht arbeiten. Wer arbeiten muß, erhält keine besondere Vergütung.

Bei Arbeitsverläufen, wie Kontrollversammlungen, militärische Aushebungen, Wahrnehmung von Gerichts-

\*) Der Vorschlag W noch näherer Regelung vorbehalten.

terminen oder sonstige Einladungen, Versäumnisse wegen Krankheits-, Geburts- und Sterbefällen in der Familie werden keine Lohnabzüge gemacht.

Bei militärischen Übungen wird die Differenz zwischen den reichsgesetzlichen Zuschüssen und dem leibbezogenen Arbeitslohn vergütet.

In Krankheitsfällen erhalten händige Arbeiter von der vierten Krankheitswoche ab die volle Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bis zur Dauer von 26 Wochen. Wird ein Arbeiter für den Dienst, für den er eingestellt ist, unfähig, ist aber für einen anderen Dienst noch tauglich, so wird er in diesem verwendet, unter Befassung in seiner bisherigen Lohnklasse.

Urlaub wird gewährt nach einem Jahr fünf Tage, nach fünf Jahren zehn Tage.

Kündigungen und Entlassungen bedürfen der Zustimmung des Raträtlichen Verlaufschausses. Entlassungen ohne Kündigung erfolgen nach den Bestimmungen des § 123 der Gewerbeordnung.

Anträge, Wünsche und Beschwerden sind nach § 9 der Arbeitsordnung entweder durch den Arbeiterausschuß oder durch die Vertretung der Gewerkschaften vorzubringen.

Die Arbeitsordnung tritt am 1. Januar 1911 in Kraft; die Gesamtbelastung der Stadtasse beträgt 14 000 Mk. jährlich.

Ohne Zweifel bedeutet die neue Arbeitsordnung einen sehr wesentlichen Fortschritt. Zur Zeit sind die städtischen Arbeiter Kaiserlauterns besser gestellt als die Mehrzahl ihrer Kollegen in den pfälzischen Städten. Sie verdanken dies neben dem Gemeindearbeiterverband auch dem tatkräftigen Eingreifen der sozialdemokratischen Stadträte. Mögen die städtischen Arbeiter aus diesen unbefristeten Tatsachen die Konsequenzen ziehen und das Gewonnene durch unablässige Organisationsarbeit halten und mehren.

R. Seemann.

### Eine „Kutter“-Betriebskrankenkasse.

Wie in der vorigen Nummer der „Gewerkschaft“ bereits berichtet, haben kürzlich die Delegiertenwahlen in der Betriebskrankenkasse der städtischen Straßenreinigung zu Berlin stattgefunden. Die Art und Weise, wie diese „Wahlen“ zustande ge-bracht worden sind, gibt Anlaß genug, darüber einiges zu sagen, um so mehr, als gerade jetzt der „philosophische“ Stangler v. Bethmann Hollweg und seine scharfmaschigen Helfershelfer am Werke sind, den Ortskrankenkassen „sozialdemokratische“ Rikhwirtschaft anzuhängen. Nach der Lesart dieser Leute, welche von der Verwaltungspazis in Krankenkassen so viel verstehen wie das Kamel vom Seilzangen, ist die Betriebskrankenkasse die ideale Form der Krankenversicherung. Die Versicherten denken anders darüber; denn die Erfahrung hat ihnen das Gegenteil gelehrt. Wo „Rikhwirtschaft“ zu finden ist, darüber erhält man im nachstehenden einen Einblick.

Schon die Gepflogenheit, die Wahlversammlung erst ganze sieben Tage vorher einzuberufen, zeigt, daß den Versicherten die Wahlvorbereitungen alles andere als erleichtert werden sollen; eine Woche hat selbst die preussische Regierung in ihrem Rukterstatut zum Krankenversicherungsgesetz als Mindestzeit bezeichnet. Bei der diesmaligen Wahl am 19. Dezember hat sich der Krankenkassenvorstand der Berliner Straßenreinigung noch ein übriges geleistet. Die Wahl erfolgt in acht Wahlabteilungen (Oberausseher-Bezirken). Das Statut bestimmt nun: „Die Zahl der von jeder Abteilung zu wählenden Vertreter ist bei der Berufung der Wahlversammlung (im preussischen Rukterstatut heißt es: in der Einladung zum Wahltermin) anzugeben“, was „durch Anschlag in den Abteilungsdepots erfolgen muß“. Das ist aber einfach nicht geschehen, sondern man hat es den Depotausschüßern überlassen, mündlich die Zahl der zu wählenden Delegierten mitzuteilen. Viele von diesen wußten aber selbst darüber nichts Bestimmtes auf gestellte Fragen zu sagen.

Die Folge der statutenwidrigen Nachlässigkeit des Kassenvorstandes war, daß die Versicherten im vierten Bezirk erst am Tage der Wahl offiziell erfuhren, wieviel Kandidaten sie zu wählen haben. Der Wahlstamperer in dieser Wahlabteilung setzte dann der hier als Wahlvorsteher fungierende Oberausseher die Krone auf. Die Verbandskollegen hatten sieben Kandidaten auf ihre Stimmzettel drucken lassen. Da kurz vor der Wahl erst mitgeteilt wurde, daß nur 4 Delegierte zu wählen sind, begingen viele von ihnen den Fehler und gaben trotzdem die Zettel mit den sieben Namen ab. Diese Stimmen waren natürlich ungültig. Was geschah aber? Der Herr Wahlvorsteher „korrigierte“ die Meinung der Wähler einfach und strich von den betreffenden Zetteln aus höchst eigener Nachvollkommenheit die letzten drei Kandidaten. Und das nennt man „geheime“ Wahl!

Überhaupt sind die Beamten der Berliner Straßenreinigung, welche die Wahlen zur Betriebskrankenkasse in den Abteilungen vollziehen, von Sachkenntnis in der Krankenversicherung gumeist

wenig angefränkelt. Ein Kuß von Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen ist die Folge davon. So wurden bei der Auszählung an ein paar Stellen doppelt zusammengefaltete Stimmzettel den Urnen entnommen; man war zunächst ratlos, nahm aber dann frischweg an, daß hier ein Irrtum des betreffenden Wählers vorlag und erklärte einfach einen der zusammengefalteten Zettel als ungültig. In einer anderen Abteilung entnahm man der Urne 61 einzelne Stimmzettel, obwohl nur 50 Wähler gestimmt hätten. Ein am nächsten Tage vorgenommener Aufruf der betreffenden Mannschaft bejaufigte nochmals letztere Tatsache. Trotzdem geschah das Unglaubliche: die Wahl wurde nicht lassiert. Eine gewisse Erklärung dafür gibt nur die Tatsache, daß die Girsch-Dunderschen Schoßkinder der Verwaltung in diesem Bezirk die verhassten Verbandskandidaten mit ganzen 2 Stimmen Mehrheit aus dem Felde schlugen. Entschiedenem Protest muß es ferner hervorgerufen, wenn in verschiedenen Bezirken den Abstimmanden verwehrt wird, den Stimmzettel persönlich in die Urne zu tun, sondern letzterer erst durch die Hände eines oder mehrerer Mitglieder des Wahlvorstandes geht, ehe er sein Ziel erreicht.

Derartigen Uebergriffen müßte unbedingt im Interesse einer ordnungsmäßigen Wahl der Kassenvorstand, so fern er im geringsten sich seiner Pflicht bewußt ist, durch klare Instruktionen entgegenwirken. Aber dieser „Vorstand“ hat nichts zu sagen und getraut es sich auch nicht; der Vorsitzende, Subdirektor Koblitzing, herrscht allein nach dem Rezept des Diktators: „Der Vorstand bin ich“. Die Wahlen macht er! Dafür hat die jüngste Wahl ein klassisches Beispiel gezeitigt. Werden da in einem Wahlbezirk, der drei Delegierte zu wählen hat, auf beide sich gegenüberstehende Listen die gleiche Anzahl Stimmen abgegeben. Nach dem klaren Wortlaut des Statuts entscheidet in solchem Falle das vom Vorsitzenden (des Wahlbureaus) zu ziehende Los. Dieser setzte sich jedoch darüber hinweg und holte erst bei Herrn Nobiling Instruktionen ein. Erst dann wurde in durchaus unzulässiger Weise im Beisein einiger Arbeiter ein paar Tage später gelost, wobei die Verbandskandidaten als gewählt hervorgingen. Das paßte aber dem Herrn Subdirektor ganz und gar nicht. Er beschied sämtliche Kandidaten beider Richtungen zu sich und eröffnete ihnen, daß die vorgenommene Auslosung zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Listen ungültig sei (trotz aller Instruktionen!); das sei eine „Parteiwahl“ gewesen und die dulde man nicht. Und sans facon wurden sechs einzelne Stimmzettel mit je einem Namen der Kandidaten gemacht, drei davon gezogen und — zwei getreue Ortsvereiner und nur ein Verbandsmitglied ausgelost. Es war erreicht, wenn auch dabei Recht und Gesetz unter die Räder kamen. Geradezu lächerlich ist das Gerede von „Parteiwahl“; als ob nicht bei Wahlen überhaupt immer Parteien resp. Gruppen sich gegenüberstünden. Eine Groteske ohnegleichen ist es ferner, die Kandidaten über die Gültigkeit der Wahl zu befragen; darüber haben diese doch nicht, sondern ihre Wähler zu entscheiden. Die letzteren sind samt ihrer, hier nach dem Gesetz allein maßgeblichen Meinung, für den Krankenkassenpassage der Berliner Straßenreinigung offenbar laß. Ob sich die Arbeiter eine solche Wirklichkeit gefallen lassen, ist allerdings eine andere Frage. Es wird ihre Aufgabe sein, durch einen energischen Protest bei den Aufsichtsbehörden derartige gesetz- und statutenwidrige Wahlen anzufechten.

Allerdings ist eine durchgreifende Änderung in dieser „Kutter“-Betriebskrankenkasse erst möglich, wenn an ihrer Verwaltung Arbeitervertreter mitwirken, welche klar erkannt haben, daß sie das entscheidende Element und die Arbeiter in der Krankenversicherung nicht bloß Objekt, sondern unbedingt auch Subjekt sind. Davon ist jetzt in der Berliner Straßenreinigung nichts zu spüren, wo neben dem Subdirektor die in dessen Gunst sich sonnenden Vertreter des Girsch-Dunderschen Ortsvereins den Krankenkassenvorstand bilden. Das beweist die kürzlich eingeführte sogenannte „Familien-Unterstützung“, nach welcher im Sterbefalle einer nicht anderweit versicherungspflichtigen Ehefrau 60 Mk., eines Kindes bis zum Abschluß des ersten Lebensjahres 10 Mk., bis zum siebenten Lebensjahre 20 Mk., bis zum 15. Lebensjahre 35 Mk. Unterstützung gewährt werden. Sein Sterbenswörtlein hat der Vorstand über seine Absichten in einer so eminent wichtigen Frage, wie der Familien-Versicherung, den Mitgliedern der Kasse gesagt, obwohl es selbstverständlich gewesen wäre, deren Meinung darüber zu hören. Aber darauf pfeift man eben! Mit einer Paß, welche im auffälligen Kontrast zu dem dauernden Widerstand steht, den man den jahrelangen Bemühungen der Verbandskollegen in dieser Hinsicht entgegensetzte, hat plötzlich der Kassenvorstand die Sache forciert. Selbst die Delegierten erhielten erst in der beschließenden Generalversammlung eine an Dürftigkeit nicht zu überbietende Vorlage, so daß natürlich die bescheidenste Prüfung der Wirkung derselben unmöglich war. Verständlich wird allerdings die Eile angesichts der Tatsache, daß in der allgem. Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin (der reichshauptstädtische Ratikrat leistet sich, vermutlich zur „Förderung“ der Krankenversicherung, bezeichnenderweise gleich drei Betriebskrankenkassen!) nur kurzem durch die dort eifrig tätigen Verbandskollegen die Familien-Krankenversicherung eingeführt worden ist. Nun konnte in der Straßenreinigung nicht mehr gezögert werden,

wenn nicht die eigene geduldige Gefolgschaft aufbegehren sollte. Aber etwas besonders Gescheites ist nicht dabei herausgekommen. Die eingeführte Sterbeunterstützung war schon um deswillen nicht brennend, weil hüben und drüben, im Verband und im Ortsverein, eine solche für Frau und Kind bereits besteht. Aber sie wiegt auch federleicht gegenüber dem brennenden Bedürfnis nach einer Kranken-Unterstützung für die Familie des Arbeiters. Gerade die ungeheuren Kurkosten im Krankheitsfalle von Frau und Kindern bringen oft auf Jahre hinaus den Arbeiter in Schulden und damit in Not und Elend. Darum trifft auch der Beschluß der anderen genannten städtischen Betriebskrankenkasse, für Familienangehörige 30 Wochen Arzt und Medizin zu gewähren, das zunächst Erforderliche. Da hat aber dem Kassenvorstand in der Straßenreinigung völlig der notwendige Weitblick gefehlt; es hätte sicher keiner übergroßen Mühe bedurft, den Kollegen plausibel zu machen, daß der unbestreitbare Wert einer Familien-Kranken-Unterstützung (Arzt und Apotheke) selbst eine eventuell nötige kleine Beitragserhöhung rechtfertigt. Davon wäre natürlich auch der Arbeitgeber betroffen worden; man wird daher nicht fehlgehen in der Annahme, daß der Widerstand der Verwaltung gegen eine Mehrbelastung hier eine entscheidende Rolle gespielt hat. Nützig, wie die Ortsvereiner nun einmal sind, schlugen sie das gute Beispiel der anderen Betriebskrankenkasse in den Wind und nahmen demütig, was man ihnen zu geben geruhte und was von ihnen selbst bisher bekämpft wurde. Natürlich haben sie sich schließlich den Spatz geleistet und die beschlossene Familien-Sterbeunterstützung sich als besondere Tat in ihrem Wahlflugblatt angetreidet. Aber sie werden sich darüber nicht im unklaren sein, daß außer den allergebühligsten ihrer Schäflein alle denkenden Kollegen ob dieser Bemühungen, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, herzlich gesacht haben.

Bezeichnend für die unterhüllte Nachpolitik der „Hirsche“ resp. ihrer Vernegrer ist die Ablehnung des von den Verbandskollegen erneut eingereichten Antrages auf Einführung der Proportionalwahl in der letzten Generalversammlung. Zwar lägen die Hirsch-Dunderianer der Mitwelt beharrlich vor, daß auch sie dieses Wahlsystem, welches auch den Minoritäten eine Vertretung ermöglicht, fordern — auf die Probe gestellt, haben diese Gauller aber noch immer Verrat geübt. Nur wo die „Hirsche“ in der Minderheit sind, schreiben sie nach dem Proporz — sind sie in der Mehrheit, dann terrorisieren sie die Meinung anderer gewissenlos nieder! So auch in unserer Betriebskrankenkasse! Die Verbandsdelegierten fordern um deswillen die Einführung des Proporz, weil bei den Delegiertenwahlen eine Wahlkreisgeometrie geübt wird, welche kein wahres Bild der Meinungen der Kassensmitglieder ermöglicht. Es soll dadurch auch dem empörenden Zustand ein Ende gemacht werden, daß aus dem „Hirsche“-Vorstand nur die Nachläufer desselben, sonst aber niemand unter den Kassensmitgliedern über die Tätigkeit der Kasserverwaltung informiert wird. Nichtsdestoweniger lehnen diese Proporz-freunde alle Versuche in

dieser Richtung ab. Wie unsinnig sie bei ihrem Bemühen, um jeden Preis am Ruder zu bleiben, sich gedankenlos selbst obrheigen, zeigt folgende Auslassung in Nr. 10 des „Korrespondenzblatt“ 1908, die sie den Ortskrankenkassen anhängen:

„In den Ortskrankenkassen, in denen meistens die Sozialdemokratie herrscht, werden Minderheiten unterdrückt (1) und so die Arbeitgeber veranlaßt, sich von den Krankenkassen zurückzuziehen.“

Abgesehen davon, daß das Ganze eine unverschämte Verleumdung der Ortskrankenkassenvorstände ist, welche die Arbeitgeber selbst wiederholt widerlegt haben, stellt sich die Behauptung von den unterdrückten Minderheiten in den als sozialdemokratisch denunzierten Krankenkassen als ein Hirsch-Dunderisches Demagogentückchen dar, wie es widerwärtiger angeht der Haltung der Ortsvereinsdelegierten nicht gedacht werden kann.

Wie man sieht, sind der Krankenkassenvorstand der Berliner Straßenreinigung und seine Hintermänner reis für den Reichs-„Wahrheits“-Verband gegen die Sozialdemokratie.

### Lohnhöhung und Krankenlohn in Pirmasens.

Es dürfte wenig Städte geben, wo unter der städtischen Arbeiterchaft ein so ungeheurer Indifferentismus und eine so große Maßregelungsfurcht herrscht wie in Pirmasens. Dabei ist die letztere noch ziemlich unbegründet, was nicht verhindert, daß die Gasarbeiter, denen die blasse Furcht in allen Knochen steckt, sich geradezu wie Sklaven behandeln lassen. Nicht daß sie die Notwendigkeit der Organisation nicht einsehen, das ist schon bei vielen der Fall, aber die Courage, unserm Verband beizutreten, hat noch keiner aufgebracht von den Gasarbeitern. So ist unsere Organisation zum Schaden der Arbeiter in Pirmasens noch recht schwach. Wenn es uns im August 1910 trotzdem gelungen ist, den Arbeiterauschuß zu veranlassen, die von uns aufgestellten Forderungen an den Stadtrat zu unterschreiben, so war das schon eine bemerkenswerte „Tat“, und zwar die erste, die der im März 1908 erstmals gewählte Arbeiterauschuß überhaupt leistete, nachdem es uns kurz vorher mit schwerer Mühe gelungen war, ihn zu veranlassen, daß er sich konstituierte und diese weiterschütternde Tatsache dem Stadtrat mitteilte.

Daß wir unter diesen Umständen unsere Forderungen nicht sehr hoch stellen konnten, war selbstverständlich. Gefordert wurde eine Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde in den Anfangslöhnen, so daß der Höchstlohn in 10, statt bisher 15 Jahren, erreicht werden sollte. In Klassen, wo der Höchstlohn schon in 10 Jahren auch bisher erreicht wurde, sollte auch der Höchstlohn um 5 Pf. erhöht werden. Für die minderleistungsfähigen Arbeiter wurden im

### Das Recht auf die Straße!

Ich würde in der Schilderung amerikanischer Zustände nicht gerecht sein, wollte ich nicht von den Vorteilen sprechen, die zweifelsohne hierzulande auch dem Arbeiter geboten sind. Vieles wird hier als selbstverständlich erachtet, wonach man in Deutschland erst kämpfen muß. Da ist zum Beispiel das Recht auf die Straße. Wenn irgendeine Kundgebung erfolgt und die Straße dazu in Anspruch genommen wird, so stellt sich die Polizei hier nicht so — sonderbar an als in Deutschland. Im Gegenteil, unter dem Schutze der Polizei geschieht es, oder noch besser, ohne daß sich jemand von den „ordnenden Gewalten“ sehen läßt.

Es war kurz vor den Wahlen. Die Arbeiterpartei (Socialist Party) hielt allerorten massenhafte Straßenversammlungen ab. Vor den Fabriken, in Parks, auf öffentlichen Plätzen oder wo sich sonst Gelegenheit dazu bot. Jeden Sonntagabend z. B. hielt die Socialist Party in Philadelphia direkt vor dem Rathaus Straßenversammlungen ab; und o Wunder, das Rathaus steht heute noch. Unter den Zuhörern waren mehrere dienstfreie Polizisten und Soldaten; und doch ist heute in Philadelphia keine Revolution gewesen. Wie lächerlich diese preußisch-deutschen Wahneideen vom Revolutionieren und die polizeiliche Bevormundung eigentlich sind, das wird einem am besten klar, wenn man einmal außerhalb des „Reuren“ Deutschen Reiches ist. Auf einer speziell für diesen Zweck konstruierten Straßenbühne präsentierte sich der Redner. An einer Stange, die auf der Bühne befestigt war, war das Parteibanner angebracht. Die beiden Weltkugeln mit den beiden Händen. Auf „rotem“ Hintergrunde in Goldschrift das Marx'sche Wort: „Workers of all countries unite“ — Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Mit dem Rücken stieß der Redner bei seinen Bewegungen oft an die Rauer des Rathauses. Nun denke man sich dabei seine „aufreizenden“ Redensarten. Ich glaube, unsere Spiehbürger wären einfach ohnmächtig geworden.

Unser Genosse, der tagsüber als Tischler arbeitet, verstand es treffend, die Massen zu packen. Obwohl es ein ziemlich tüchtler Abend war, hielten die 1000—1200 Zuhörer doch bis zuletzt aus. Vier Stunden zu stehen, das will etwas heißen. In meisterlicher Weise setzte er die wissenschaftliche Bedeutung des Sozialismus auseinander. „Was macht der Arzt mit einem durchsuchten Kranken?“ fragte er seine Zuhörer. Er treibt die Ursache, die Keime, die Bazillen heraus. Er geht aufs ganze, wohl wissend, daß dies das alleinige Mittel ist. Gehen wir auf politische Gebiete über. Wer beutet den Mitmenschen aus? Der Kapitalismus. Wer spielt mit Menschenleben? Der Kapitalismus. Wer gefährdet die Familie? Der Kapitalismus. Wer untergräbt Moral und Sittlichkeit? Der Kapitalismus. Wer ist der größte Feind des Befreiungskampfes der Arbeiter? Der Kapitalismus. Dieses Gebäude hier — er zeigte auf das Rathaus — ist mit Arbeiterschweiß, mit Arbeiterblut errichtet, wem dient es ausschließlich? Dem Kapitalismus und seinen Erbsen.“ Wo blieb die Polizei? wird der Spiehbürger fragen. Einige von ihnen waren als Zuhörer da und halfen am Ende mit Vellaß.

„Was ist der Kapitalismus also?“ fragte unser Redner. „Eine Giftbeule am Körper der Menschheit. Und ein guter Arzt ist der, welcher diese Beule mit scharfem Messer herauschneidet. Seht, dieser Arzt mit dem scharfen Messer das ist der Sozialismus. Darum ist er auch von den Kapitalisten so gefürchtet. Wer also für Gesundheit im wirtschaftlichen Leben ist, der muß für die Socialist Party sein.“ Hier wurde der Redner von längerem Beifall unterbrochen.

Unter den zuhörenden Massen pulsierte das Großstadtleben in all seinen Stadien. Die Elektrische, Automobile sausten vorbei, große Menschenmassen bewegten sich die Fußstiege entlang. Extrablätter wurden ausgerufen, kurzum Großstadtleben.

Die Marktstraße trennt Philadelphia in einen nördlichen und südlichen Stadtteil. Auf dieser Straße ist jederzeit, ob tags

Anfangslohn 3, im Höchstlohn 4 Pf. Aufbesserung gefordert. Weiter verlangten wir die Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn in Krankheitsfällen bei mindestens einjähriger Dienstzeit.

In seiner Sitzung vom 10. Dezember beschloß der Stadtrat nach vorhergegangener Kommissionsberatung folgenden Lohn tarif.

I. **D a u m t.** Lohnklasse 1. Borarbeiter, Handwerker: Mindeststundenlohn 48 Pf. (bisher 45 Pf.), Höchststundenlohn 60 Pf. (bisher 55 Pf.), erreicht in 12 Jahren. Lohnklasse 2. Tagarbeiter: Mindeststundenlohn 33 Pf. (bisher 30 Pf.), Höchststundenlohn 45 Pf. (bisher 45 Pf.), in 12 Jahren. Lohnklasse 3. Hilfsarbeiter: Mindeststundenlohn 28 Pf. (bisher 25 Pf.), Höchststundenlohn 34 Pf. (bisher 30 Pf.), in 6 Jahren.

II. **E l e k t r i z i t ä t s w e r k.** Lohnklasse 1. Monteur: Mindeststundenlohn 53 Pf. (bisher 50 Pf.), Höchststundenlohn 65 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren. Lohnklasse 2. Akkumulatorenwärter, Maschinisten, Zählermonteur: Mindeststundenlohn 43 Pf. (bisher 40 Pf.), Höchststundenlohn 55 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren. Lohnklasse 3. Hilfsmaschinisten, Freileitungsmonteur: Mindeststundenlohn 38 Pf. (bisher 35 Pf.), Höchststundenlohn 50 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren. Lohnklasse 4. Feizer, Hilfsmonteur: Mindeststundenlohn 37 Pf. (bisher 34 Pf.), Höchststundenlohn 50 Pf. (bisher 45 Pf.), in 13 Jahren. Lohnklasse 5. Tagarbeiter, Nachwächter: Mindeststundenlohn 35 Pf. (bisher 32 Pf.), Höchststundenlohn 45 Pf. (bisher 40 Pf.), in 10 Jahren.

III. **M ü h l h a u s.** Lohnklasse 1. Maschinisten: Mindeststundenlohn 43 Pf. (bisher 40 Pf.), Höchststundenlohn 55 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren. Lohnklasse 2. Hilfsmaschinisten: Mindeststundenlohn 38 Pf. (bisher 35 Pf.), Höchststundenlohn 50 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren.

IV. **S c h l a c h t h a u s.** Lohnklasse 1. Tagarbeiter, Kesselheizer: Mindeststundenlohn 33 Pf. (bisher 30 Pf.), Höchststundenlohn 45 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren.

V. **G a s f a b r i k.** Lohnklasse 1. Feuerleute: Mindeststundenlohn 53 Pf. (bisher 50 Pf.), Höchststundenlohn 73 Pf. (bisher 70 Pf.), in 20 Jahren. Lohnklasse 2. Installateure, Schloßer: Mindeststundenlohn 43 Pf. (bisher 40 Pf.), Höchststundenlohn 58 Pf. (bisher 55 Pf.), in 15 Jahren. Lohnklasse 3. Hilfsschloßer, Hilfsfeuerleute: Mindeststundenlohn 38 Pf. (bisher 35 Pf.), Höchststundenlohn 53 Pf. (bisher 50 Pf.), in 15 Jahren. Lohnklasse 4. Gasarbeiter: Mindeststundenlohn 35 Pf. (bisher 32 Pf.), Höchststundenlohn 43 Pf. (bisher 40 Pf.), in 8 Jahren. Die Feuerleute, welche während des ganzen Kalenderjahres im Betriebe tätig sind, erhalten am Jahresabschluss eine besondere Vergütung von 4 Proz. ihres Jahresverdienstes.

VI. **S t r a ß e n b a h n.** Lohnklasse 1. Wagenmonteur: Mindeststundenlohn 53 Pf. (bisher 50 Pf.), Höchststundenlohn 65 Pf. (wie bisher), in 12 Jahren. Lohnklasse 2. Führer, Hilfsmonteur:

Mindeststundenlohn 57 Pf. (bisher 54 Pf.), Höchststundenlohn 60 Pf. (bisher 45 Pf.), in 13 Jahren. Lohnklasse 3. Schaffner: Mindeststundenlohn 35 Pf. (bisher 32 Pf.), Höchststundenlohn 48 Pf. (bisher 43 Pf.), in 13 Jahren. Lohnklasse 4. Tagarbeiter, Hilfsarbeiter: Mindeststundenlohn 35 Pf. (bisher 32 Pf.), Höchststundenlohn 45 Pf. (bisher 40 Pf.), in 10 Jahren.

VII. **L a t e r n e n w ä r t e r.** Lohnklasse 1. Mindesttagelohn 2 Mk. (bisher 1,70 Mk.), Höchsttagelohn 2,70 Mk. (bisher 2,20 Mk.), in 7 Jahren. — Jeder der Arbeitsordnung unterstellte städtische Arbeiter wird mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an um 3 Pf. und vom 1. Januar 1912 an um weitere 2 Pf. pro Arbeitsstunde aufgebessert. Die statutengemäße jährliche Vorrückung um 1 Pf. pro Stunde bleibt unberührt. In die Arbeitsordnung wird folgende Bestimmung neu aufgenommen: Arbeiter mit einer mehr als zweijährigen Dienstzeit erhalten im Krankheitsfalle vom 15. Tage der Erkrankung ab auf die Dauer von zwei Monaten, Arbeiter mit einer mehr als vierjährigen Dienstzeit unter der gleichen Einschränkung auf die Dauer von vier Monaten die volle Differenz zwischen Arbeitslohn und Krankengeld ausbezahlt. Bei fortwährender Erkrankung wird ersteren auf einen weiteren Monat, letzteren auf zwei weitere Monate drei Viertel der Differenz zwischen Arbeitslohn und Krankengeld bewilligt. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Arbeiter, welche unverheiratet und nach Anordnung der Verwaltung der Krankenkasse im Krankenhaus untergebracht sind, sofern sie nicht die Ernährer ihrer Familie sind. Die Bestimmung wird zunächst nur auf die Dauer eines Jahres, also nur für das Jahr 1911, erlassen.

Hinsichtlich der Löhne sind also unsere Forderungen erfüllt, wenn auch leider die letzten 2 Pf. erst am 1. Januar 1912 gewährt werden. Angesichts der weitgehenden Interesselosigkeit der städtischen Arbeiter muß man sich mit diesem Resultat zufrieden geben.

Die Tatsache, daß die Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn nur auf ein Jahr genehmigt wurde, sollte aber den Arbeitern zu denken geben und sie veranlassen, durch Anschluß an die Organisation Verschlechterungen vorzubeugen.

Besser abgesehen haben die städtischen Beamten, die bis zu 600 Mk. jährlich an Aufbesserung erhielten. Der Gasdirektor erhielt sogar 1200 Mk., während die für die städtischen Arbeiter aufgewendete Gesamtsumme auf 15 000 Mk. berechnet wird. Von den gut organisierten Beamten sollten die Arbeiter endlich lernen, daß es an der Zeit ist, aufzuwachen und durch Anschluß an den Verband der Gemeinbediensteten für eine stärkere Vertretung ihrer Interessen zu sorgen, als dies bisher der Fall war.

R. H.

ob nichts ein lebensgefährlicher Verkehr. Längs und quer läuft die Straßenbahn, fahren Automobile, Droschken und sonstige Fahrzeuge. Hier befinden sich die Riesenbauten der großen Warenhäuser. Dazu ein riesenhafter Menschenverkehr. In der Nähe des Hauptpostgebäudes und der 10. Straße hält in diesem Gewirke fast jeden Abend die Heilsarmee (Salvation Army) ihre Straßenmeetings ab. Ein vollständiges Musikorchester spielt in klingenden Märschen religiöse Lieder. Die Gruppe ist fast ständig von zirka 200 Menschen umgeben. Nachdem man einige Märsche gespielt, werden Ansprachen gehalten, wobei besonders auf die Hallensammlungen hingewiesen wird. Deutsch und englisch wird gesprochen. Oder eine von den Frauen singt ein Sololied, begleitet von dem Tamburin der anderen. Dann noch ein schmetternder Marsch, dann sinken sie nieder auf die Knie und beten mit entblöhten Häuptern. Jetzt tritt einer von den „Soldaten“ in die Reihe und hält zugunsten eines von der Heilsarmee unterhaltenen Institutes eine Ansprache mit der ausklingenden Bitte um finanzielle Unterstützung. „Centstücke, Dime (10 Cent), Quarters (25 Cent), Dollars, alles ist willkommen. Alles geschieht für die Armen — in diesem Falle waren es obdachlose Frauen — und zur Ehre Gottes.“ Die Gaben flossen langsam, aber mit der Zeit hatten sie doch 5 Dollar angeammelt. Jede Gabe, auch das 1-Centstück, wurde mit einem Amen begleitet; und zum Schluß verkündete ein Dantmarsch, daß man mit dem Ergebnis zufrieden war. Nicht interessierte am meisten die Fahnenträgerin, ein altes Mütterchen von ungefähr 65 Jahren. Mit Begeisterung stimmte sie in den Gesang mit ein, begeistert schwang sie ihre Fahne. Man mag über die Heilsarmee denken, wie man will, man muß immer den Mut und die Ausdauer bewundern, den diese Leute an den Tag legen. Abend für Abend ficht auf Wetteln verlegen, wenn auch für einen guten Zweck, ist nicht jedermanns Sache.

Mitten um diese religiöse Zeremonie nun all der Großstadt Lärm. Niemand sieht in dieser Ansammlung etwas Außergewöhn-

liches; kein Schuhmann kümmert sich darum. Es ist eben das Recht auf die Strafe.

Am Morgen des 5. September ist. Dieser Tag, oder vielmehr jeder erste Montag im September eines jeden Jahres ist hier in Amerika der sogenannte Arbeitertag. An diesem Tage ruhen die meisten Geschäfte, dieser Tag wird mehr und mehr zu einem nationalen Feiertag. Da soll dem Kulturwerte der Arbeit Triumph gebracht werden; der Menschheit soll gezeigt werden, wieviel man gerade dem Arbeiter zu verdanken hat. Die Unionen, die Gewerkschaften Amerikas, halten Festlichkeiten ab, Umzüge, Neben und Vergnügungen füllen den Tag aus. Ich werde nie die Parade der organisierten Arbeiter Philadelphias vergessen. Ungefähr 20 000 Arbeiter mit vielen Musikkapellen im Zuge marschierten durch die Hauptstraßen der Stadt unter dem Schutze der Polizei. Da gab es keine Ausmessungen des Platzes, wo man sich sammelte, kein schlaues Vorschieben bestimmter Straßen, die Arbeiterbataillone marschierten ihren Weg, ohne daß sie jemand daran hinderte. Und wenn der Verkehr noch so stark war, er wurde stillgelegt, solange die Parade dauerte gehörte die Strafe den Arbeitern, heute war ja ihr Tag. An diesen selbstverständlichen Einrichtungen zu rütteln, deren Anordnung der Polizei zu überlassen, fällt keinem Menschen ein. Man weiß, daß die Leute, die einen solchen Umzug veranstalten, selbst für Ordnung sorgen. Noch nie hat man bei solchen Anlässen von Ausschreitungen gehört. Wie sollte man denn auch einer Gruppe von Leuten, die für sich und ihre Sache durch einen Massenumzug propagieren, zutrauen, daß sie solches durch Störung der Ordnung erreichen wollen. Eine derartige Anschauung kann eben nur ein kleinliches deutsches Polizeihirn hegen. In Amerika würde man einen solchen kleinlichen Menschen eben nicht verstehen. . .

Von der Marktstraße läuft nach Norden die 10. Straße. Auch hier gibt es ein Recht auf die Strafe. Hier ist nämlich der Sammelplatz des Laifers. Nicht nur auf der 10. Straße allein, auch

### Die Arbeiterfrage\*).

Als vierten Band der Sozialistischen Reudrucke hat kürzlich Franz Mehring: „Die Arbeiterfrage“, von F. A. Lange, herausgegeben. Lange, der kein Sozialist im Sinne von Marx, Engels oder Lassalle war, hat in diesem Buche seine Stellung zur Arbeiterfrage klargestellt. Die Ursache zur Herausgabe dieser Schrift war der im Oktober 1884 in Leipzig tagende 2. Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine, dem Lange als Delegierter des Konsumvereins Duisburg beiwohnte. Dieser Verband war im Jahre 1883 von der Fortschrittspartei als Hauptwall gegen Lassalles Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet worden. Auf der Leipziger Tagung nahmen auch Lassalleaner unter Führung Fritzsche teil. Es kam zu heftigen Szenen, in denen Lange zu vermitteln bemüht war. Diese Tätigkeit und zugleich seine Wahl in den Ausschuss des Verbandes, in den er zugleich mit Bebel gelangte, veranlaßten ihn, um den Vorwurf einer zweideutigen Haltung abzuwehren, seine Schrift über die Arbeiterfrage abzufassen. Das Buch hat drei Auflagen erlebt. Davon ist die erste jetzt wieder neu herausgegeben. Lange, dem die Kenntnis des historischen Materialismus fehlte, übertrug das von Darwin ergründete Naturgesetz vom Kampf ums Dasein auf die Geschichte der Gesellschaft und damit verband er die Malthusische Theorie. Nach dieser vermehrt sich die Bevölkerung in geometrischer Reihenfolge, wie 2, 4, 8, 16, 32, 64 usw., im Gegensatz zu den Nahrungsmitteln, die sich nur in arithmetischer Weise vermehren, wie 2, 4, 6, 8, 10, 12 usw. Diese Bevölkerungstheorie war für Lange das A und O der Arbeiterfrage.

Damit führte er aber die Arbeiterschaft in einen hoffnungslosen Kampf, denn wenn es ein unerbittliches Naturgesetz ist, daß der Arbeiter immer wieder in das Elend zurückversinkt, aus dem sich nur der Tüchtigere wieder herauswindet, ist aller Befreiungskampf nur Sisyphusarbeit. Zum Glück ist aber die Unhaltbarkeit der malthusisch-darwinistischen Bevölkerungstheorie mehrfach nachgewiesen worden. F. D. Engels schon 1844 in seinem ersten Aufsatz in den deutsch-französischen Jahrbüchern, Marx im ersten Bande des „Kapital“, ferner Engels in einem Briefe an Lange 1886 selbst, der sich in Nr. 29 der „Neuen Zeit“, 29. Jahrgang, abgedruckt findet, und zuletzt in besonders gründlicher Form Rausky in seinem Buch „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft“, das in Nr. 00 der „Gewerkschaft“ ausführlich besprochen worden ist. Trotz Marx und Engels hielt aber Lange an seiner Auffassung fest und huldigte ihr auch in der 2. und 3. Auflage der „Arbeiterfrage“. Besonders scharf tritt dieser Standpunkt im 1. Kapitel des vorliegenden Buches: „Der Kampf ums Dasein“ hervor. Jedoch übernimmt Lange des Malthusianische

\* Die Arbeiterfrage, von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von F. Mehring. Berlin 1910. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis broschiert 1,50 Mk.

auf der 9. und 8. Straße und den Nebengassen. Nämlich ungeniert flankieren die „Schönen“ auf und ab. „Hello boy“ oder „come on dear“ wird man jeden Augenblick angedredet; auch am Kermel festgehalten. Auch nicht vereinzelt trifft man sie an, man fällt beinahe drüber weg an gewissen Ecken. Das Material dieser Straßendirnen ist nicht das beste. Obwohl das Halten von Freudenhäusern gesetzlich verboten ist, sind jedoch ebenso viel, wenn nicht noch mehr, als wenn sie erlaubt wären. (Wer wird da nicht an Hamburg erinnert?) Das fehlt natürlich voraus, daß die Polizei tüchtig geschnitten werden muß, damit sie nicht nur ein, sondern alle beide Augen zudrückt. Die Besitzer dieser Häuser fühlen sich sicher unter dem polizeilichen Schutze, zumal dieselbe davor sorgt, daß sich keine Konkurrenz bildet. Die Dirnen in diesen Häusern sind, wenn auch keine „frische Ware“, so aber doch noch in einer guten Verfassung. Denn den Besitzern liegt daran, daß sie gesunde Mädchen haben. Sobald eine Prostituierte in diesen Häusern ihren Reiz oder gar ihre Gesundheit verliert, wird sie lastbütig auf die Straße geworfen. Man läßt ihr einige kümmerliche Kleider, die besseren behält der oder die Wirtin für restierende Schulden.

Aus diesen Prostituierten setzt sich dann meistens das Material der Straßendirnen zusammen. Hinter diesen Straßendirnen ist die Polizei fürchterlich her. Leicht begreiflich. Weniger aus Sittlichkeitsgründen, mehr darum: diese Straßendirnen bilden eine Konkurrenz für die von der Polizei protegierten Häuser. Als vor einigen Tagen ein Polizist zwei dieser Straßendirnen vor den Polizeirichter brachte, sagte dieser: „Ich weiß nicht, warum die Polizei so hinter den „Mädchen von der Straße“ herläuft und sie fortwährend verhaftet. Gewiß, es ist eine Schande, das Gewerbe, das diese Mädchen ausüben. Aber wenn sie sich demselben einmal ergeben haben, wer will ihnen die Straße verbieten? Gaben sie nicht so gut wie jeder andere Mensch ein Recht auf die Straße? Solange sich diese Mädchen anständig be-

nehmen, möchte ich den Polizisten raten, von einer Verhaftung Abstand zu nehmen.“ Nachdem er den beiden Mädchen noch einige moralische Ermahnungen erteilt, entließ er dieselben.

Man mag über dieses Urteil, über dieses Recht auf die Straße denken, wie man will, es spricht selbst hieraus, daß in Amerika wirklich ein Recht auf die Straße besteht. In den Sommermonaten findet fast jeden Tag irgendeine Parade statt, mit dem ausgesprochenen Zweck, zu demonstrieren: gegen das Fluchen, gegen Ausbeutung durch die Trunks, gegen Lebensmittelverteuerung, gegen unsympathische Gerichtsurteile usw. Selten passiert dabei etwas, oder werden gar Leute zu Tode gedrückt, wie Herr Jagow so liebevoll bewundernd annimmt. Und das merkwürdigste: die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen noch heute da, wo sie erst standen, trotz oder vielmehr infolge des Rechtes auf die Straße.

Im zweiten Kapitel: „Der Kampf um die bevorzugte Stellung“, macht sich der unrichtige Ausgangspunkt Langes viel weniger geltend. Für die Vergangenheit erkennt Lange die Notwendigkeit „höherer Stände“ an, wie es auch Marx und Engels getan haben, aber er weist schlagend nach, wie sehr sie für die Gegenwart und Zukunft zu einem Hemmschuh des historischen Fortschritts geworden sind. Er räumt gründlich mit der elenden Finte auf, daß in der Klassengesellschaft jedes wahre Talent oder mindestens jedes große Genie an sein Ziel gelangen könne. Zum Kommunismus nimmt er eine durchaus unbefangene Stellung ein. Besonders rühmt er die kommunistischen Unternehmungen Robert Owens, hält aber die diesbezüglichen Theorien Fouriers für „an das Berrückte“ grenzend.

Im dritten Kapitel beschäftigt sich Lange mit der Lebenshaltung der Arbeiter. Er ist mit Lassalle darin einig, daß diese in den verschiedenen Ländern verschieden ist und untersucht die Frage, wie es kommt, daß der Arbeiter eine weitere Verschlechterung der Lebenslage unter allen Umständen abzuwehren versteht, wenn diese den Tiefstand des landesüblichen Niveaus erreicht hat. Dabei macht er Lassalle den Vorwurf, daß er das eiserne Lohngesetz oder die Ricardosche Regel, wie es Lange nannte, nicht tief genug begründet habe, um sich gegen Schmoller, der diese Theorie verwarf, zu bedenken.

Im vierten Kapitel setzt sich Lange mit Lassalle und Schulze-Delitsch auseinander. In seiner Kritik Lassalles ging er von dessen erstem Vortrage über die Arbeiterfrage aus, wobei er sich in einer Reihe von Irrtümern verlor, wie Mehring in der Einleitung des Buches im einzelnen nachweist. Das Genossenschaftswesen erfährt in diesem Abschnitt gleichfalls eine eingehende Kritik.

Das fünfte Kapitel bringt Langes eigenes Programm. Er fordert von den Arbeitern, daß sie sich um ihre Standesinteressen kümmern, politisch betätigen, Genossenschaften gründen und auf ihre Bildung bedacht sind. Vom Staate verlangt er Koalitions-, Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit; allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterricht und Unterstützung der Produktivgenossenschaften durch Geldmittel. Man sieht also, neue Wege hat Lange der Arbeiterschaft nicht gewiesen. Doch ist das Buch interessant und lesenswert. Im Anhang gibt Lange noch einige Erläuterungen. Die Einleitung und Anmerkungen von Mehring machen das Buch noch besonders verständlich.

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingeleitete Mitglieder seid?

O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl. Man hat sich Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewöhren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmaroger, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt, und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Aufmerksamkeit begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

— ick —

.....

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingeleitete Mitglieder seid?

O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl. Man hat sich Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewöhren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmaroger, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt, und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Aufmerksamkeit begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

Ferdinand Lassalle

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

(Unter vorstehender Rubrik sollen die wichtigsten politischen, genossenschaftlichen und sonstigen volkswirtschaftlichen Notizen gebracht werden. Insbesondere werden regelmäßig zusammenfassende Berichte über die Reichstagsverhandlungen an dieser Stelle erfolgen. Wir hoffen, die Leser bringen diesen Ausführungen das weitgehendste Interesse entgegen. Die Redaktion.)

**Jahreswende.** Stark und hoffnungsmutig tritt das deutsche Proletariat über die Schwelle des Jahres 1911, das, was es sonst auch immer bringen mag, als ein Jahr der Reichstagswahlen in der Geschichte des deutschen Volkes verzeichnet sein wird. Aus einem Jahr, das reich war an Siegen, tritt die Arbeiterschaft in ein neues Jahr hinüber, von dem es sich noch weit, weit größere Siege erhofft. Bei den Reichstagswahlen von 1910 gewann die Sozialdemokratie die Kreise Eisenach-Vermbach, Friedberg-Büdingen, Cannstatt-Ludwigsburg, Fischpau-Marienberg, Frankfurt-Lebus und Ufedom-Wollin. Bei allen Reichstagswahlen, Landtags-, Stadtverordneten-, Klassen- oder Knappschaftswahlen verzeichnete die moderne Arbeiterbewegung neben wachsenden Mandaterfolgen auch steigende Stimmzahlen. Völlig getrogen hat auch wieder einmal die Hoffnung der Gegner auf eine Zerrüttung der Partei durch innere Gegensätze. So heißt es auch auf dem Parteitag von Magdeburg herging, die Geschlossenheit der Partei ist aus diesen Kämpfen unberührt hervorgegangen. Es ist auch hier gewesen, wie bei allen ähnlichen Vorläufern, und die vereinzelten Nistöpfe, die mit „reinhlichen Scheidungen“ so geschwind bei der Hand sind, sind nach ein paar Monaten selber froh, die so notwendige, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse unentbehrliche Einigkeit der Partei auf neue gestiftet zu sehen. Aber nicht nur die politische Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, geht in voller taktischer Geschlossenheit in das beginnende große Kampfsjahr hinüber, die ganze politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, der sich neuerdings der erstarrte dritte genossenschaftliche Zweig angliedert, erscheint heute als eine lückenlos geschlossene taktische Einheit. Die Bauarbeiterausperrung, die angebrochte Metallarbeiterausperrung, der Widerstand der Bergarbeiter gegen die billigen Forderungen der Organisationen, die verschärfte Massenjustiz gegen die Opfer des gewerkschaftlichen Kampfes, die Provokation oder politische Ausschlagung von Streikkräften durch Dyngebardisten und Jagowiter, das Attentat auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen, schließlich, um das Gebäude zu krönen, die Androhung einer neuen Zuchthausvorlage, das alles mußte den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Lehre einprägen, daß sie ohne eine starke und energische politische Organisation verraten und verkauft wären.

Immer mehr fällt die Entscheidung in den gewerkschaftlichen Niesentkämpfen unserer Zeit den öffentlichen Gewalten zu. Immer größer wird der Einfluß der Gesetzgebung und Verwaltung auf das gesamte Wirtschaftsleben, immer größer wird auch das Heer von Arbeitern, die sich unmittelbar im Dienste öffentlicher Körperschaften, des Reichs, des Staats, der Kreisverwaltungen oder Stadtgemeinden befinden, und deren Stellung auf die gesamte Lage des Arbeitsmarktes von großem Einfluß ist. Der Arbeiter möchte ja mit Blindheit geschlagen sein, der nach einem solchen Lehrjahr, wie das Jahr 1910 eines gewesen ist, nicht begriffe, was das heißt: Eroberung der politischen Macht. Die Sozialdemokratie kämpft für die Erweiterung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Sie will nicht, wie ihr böswillige oder unwissende Gegner nachsagen, mit Gewalt die Schredensherrschaft einer revolutionären Minderheit begründen, sie glaubt auch nicht, daß sie imstande sei, durch einen einzigen gewaltsamen Ausbruch die ganze kapitalistische Ordnung über den Haufen werfen zu können, sondern sie will durch Demokratie die Herrschaft der Arbeiterklasse begründen, um antikapitalistische Politik zu treiben, und die kapitalistische Gesellschaft zu einer sozialistischen umgestalten. Darum kann aber die Sozialdemokratie, wenn sie nicht die Interessen der Arbeiterklasse preisgeben will, nie verzichten auf den Kampf um die volle Demokratie. Auch in gewerkschaftlichen Kreisen muß und wird die Ansicht immer mehr zum Durchbruch kommen, daß keine Energie, die an die Demokratisierung Deutschlands angewandt wird, verschwendet ist, und daß es kein Opfer gibt, das nicht gebracht zu werden verdient, wenn es gilt, das gleiche Recht in Preußen zu erobern!

Als ein Jahr der Wahlrechtskämpfe wird das Jahr 1910 in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ewig ruhmvoll bleiben. Wohl ist an manchen Orten Blut geflossen, und viele Jahre Gefängnis sind verhängt worden — aber damit wird die Tatsache nicht mehr aus der Welt geschafft, daß sich die preussischen Arbeiter im Jahre 1910 ein Recht nahmen, das ihnen die Polizei verweigerte: das Recht auf die Straße.

Nicht mit derselben Befriedigung wie die Partei der Arbeiter werden die verschiedenen bürgerlichen Parteien auf das Jahr 1910

zurückblicken. Für die Konservativen war es das Jahr der schlimmen Vorzeichen, das Jahr von Oblecht-Lud und Labiau-Wehlau. Nicht nur aus den Städten, die nach der neuesten Volkszählung schon über 60 Proz. der Bevölkerung in sich einschließen, ist der konservative Anhang wie weggeweht, selbst unter den ländlichen Wählerscharen ist eine wahre Massenflucht eingegriffen. Mit Grauen erwartet das Zentrum, was ihm das Jahr 1911 bringen soll. Und während die konservative Stammtrompe den Todesstempel klopft, droht der antisemitische Troß im selbsterzeugten Dreck persönlicher Skandalaffären zu erstickern. Auch er blickt trübe in die Zukunft.

Für das Zentrum war das Jahr 1910 das Jahr politischer Demaskierung und schwerer innerer Kämpfe. Es ist infolgedessen knapp daran, seinen gesamten Arbeiteranhang zu verlieren, und ist in seiner Aktionskraft durch die nie aufhörenden inneren Zwistigkeiten dauernd gehemmt. Mögen nun diese persönlichen Sagenkämpfe unter den Namen Kopp-Fischer oder Moeren-Bachem oder Spahn-Oppersdorff ausgefochten werden, im Hintergrunde all dieser Händeleien und theologisch verbrämten Spitzindigkeiten steht doch die große Klassenkampffrage: Soll das unterdrückte Volk im Zentrum auch etwas zu sagen haben, oder soll das Zentrum nur das Herrschaftsinstrument des Papstes, der Bischöfe und des katholischen Hochadels sein? Heute ist dieser Kampf entscheidend, der Adel und der Klerus haben gesiegt, und es ist Sache der bisherigen Anhänger des Zentrums, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Die drei freisinnigen Gruppen vollzogen auf ihrem Berliner Parteitag vom 6. März ihre Einigung zur Fortschrittlichen Volkspartei. Durch den allgemeinen Verlauf der politischen Ereignisse wurde diese Einigung stark begünstigt, ob sie aber die nächsten Wahlen überleben wird, ist abzuwarten. Während die Fortschrittlichen im allgemeinen eine nach links gerichtete Politik trieben, zu der sie der schwarzblaue Reichmannkurs zwang, konnten sich die Rationalliberalen auf ihrem Kasseler Parteitag nicht entschließen, die Brücken nach rechts abzubreaken. Wahrscheinlich wird auch die nächste Zukunft wieder beweisen, daß innerhalb des Gesamtliberalismus eine kleinere, etwa der früheren freisinnigen Vereinigung entsprechende Gruppe nach links strebt, während die größere Klasse gegenüber der Arbeiterklasse an der Solidarität der bürgerlichen Parteien festhält. Während Konservative und Zentrum schon mitten in der Krise stehen, bereitet sich eine neue Krise im Liberalismus erst vor.

Gegner wie diese können die Arbeiterbewegung in ihrem sicheren Gang nicht aufhalten, nicht unsere Hoffnung auf eine nahe bessere Zeit trüben. Die Arbeiter aller Organisationen grüßen darum das neue Jahr, das Kampfsjahr, das Jahr der großen Abrechnung: 1911.

## • Notizen für Gasarbeiter •

Der Gasarbeiterkreis in Woidan gewinnt nunmehr eine vierwöchige Dauer. Die Verwaltung bemüht sich, mit allen Hilfsmitteln die Belandung aufrechtzuerhalten, das gelingt jedoch nur zum Teil. Die Zahl der Arbeitswilligen schwankt auf und nieder; sind von den Streikenden heute eine Anzahl herausgeholt und für ihre Sache gewonnen, so kommen morgen die größeren Arbeitgeber am Orte mit ihrem Nachschub aus den ihnen willfährigen Arbeiterkreisen. Die Direktion bequemt sich deshalb auch heute noch nicht, Zugeständnisse zu machen. Der Oberbürgermeister lehnt jede Verhandlung ab, da die Angelegenheit in den Händen der Gasdirektion ruht. Die Streikenden sind deshalb gewillt, weiter im Kampfe auszuharren. Die bürgerliche Presse hält es selbstverständlich für notwendig, auch ihren Teil zu einem Misserfolg für die Arbeiter beizutragen. Verbreitet sie doch die Mär, daß der Magistrat aus freien Stücken den Arbeitern Vergünstigungen zugestanden habe, während doch den Arbeitern erst nach mehrfachen Verhandlungen und nachdem der Ausstand schon drohte, Verbesserungen zugestanden wurden. Man sieht also auch hier, wie aus der Rot eine Tugend gemacht wird. Wäre die Stadtverwaltung den am schlechtesten bezahlten Arbeitern nur in etwas entgegengekommen, anstatt sie mit nichts abzuspüren, so hätte der Kampf vermieden werden können. Zugut ist fernzuhalten.

Wachen. Im Juni v. J. hatten die Arbeiterausschüsse der J. C. G. A. eine Eingabe an die Direktion gefandt, in welcher unter anderem der Antrag auf Sommerurlaub gestellt wurde. Auf der am 20. Juni stattgefundenen Ausschusssitzung erklärte Herr Weber, daß der Herr Direktor diesem Antrag wohl sympathisch gegenüberstehe, aber wegen der schwebenden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung konnte er keine bindende Erklärung abgeben. Jetzt hat die Direktion ihren Arbeitern ein Weihnachtsgeschenk in Form von Sommerurlaub gegeben. Danach erhält jeder Arbeiter, welcher fünf Jahre im Betrieb beschäftigt ist, 6 Tage, diejenigen mit 10 Jahren 7 Tage Sommerurlaub.



**Erlangen.** In der Woche vor Weihnachten wurde in Erlangen das neuerrichtete Gaswerk in Betrieb gesetzt und damit gleichzeitig für die Ofenhausarbeiter das Dreischichtensystem (achtstündige Arbeitszeit) eingeführt. Die Einführung ist zwar nur eine probeweise, es darf jedoch mit Gewißheit damit gerechnet werden, daß diese Einrichtung eine ständige werden wird.

**Ingolstadt.** Seit Jahren schon streben die hiesigen Gasarbeiter eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage an. Bessere Löhne sowie sonstige Arbeitsbedingungen mochten trotz ihrer christlichen Organisation nicht erreicht werden. Nur im Jahre 1908 wurde von den städtischen Kollegien eine sogenannte Lohn tafel erlassen, die alles andere als eine Regelung der Löhne darstellte. Verschiedene Lohnstufen waren eingesetzt, worin die Löhne aber damals so niedrig angesetzt waren, daß es in den meisten Fällen für die Arbeiter keine Lohnerböhung gab. Darob allgemeine Unzufriedenheit. Zwei volle Jahre strichen nun wieder ins Feld, wo es die „christliche“ Organisation in der Hand hatte, gerade für diese Kategorie helfend einzugreifen. Doch verspürten die Arbeiter nichts oder nur sehr wenig von dessen Tätigkeit. Nach den Sprüchen der „christlichen“ Gewerkschaftsführer ist es ja die „allverehrliche“ Zentrumsparlei, die für die haantlichen und städtischen Arbeiter die höchsten Löhne durchführt. Demnach mühte es in Ingolstadt ein leichtes sein (da im dortigen Rathaus eine angemessene Zahl Zentrumsleute sitzen), die Löhne dieser Arbeiter zu erhöhen und sonst noch wesentliche Verbesserungen zu schaffen. Von dem gilt aber gerade das Gegenteil. Wo Zentrum Trumpf ist, sind die Löhne der städtischen Arbeiter am schlechtesten. Es ist daher sehr leicht begreiflich, wenn sich ein Teil dieser Arbeiter nicht mehr länger unter das Joch der „Christlichen“ pferden ließ und deshalb zu unserem Verbände übertraten. Der Grundstein für unseren Verband wurde im vergangenen Frühjahr gelegt, und allmählich kamen so viel Kollegen in unsere Reihen, daß eine lebensfähige Filiale erkant. Trotz aller brutalen Maßnahmen, die von der Gasanstalt an unseren Mitgliedern vorgenommen und von den schwarzen Couleuren im Magistrat gutgeheißen wurden, konnte unser Verband nicht mehr zurückgedrängt werden. Immer wieder fanden sich neue Kollegen die erst recht mit doppeltem Eifer für die gerechte Sache eintraten. Im Oktober ließ unser Verband an den Stadtmagistrat eine Petition ergeben, in der er eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Arbeiter und Tag forderte. Flugs war man auch im „christlichen“ Lager aufgewacht und hinkte nach. Schon die „Ingolstädter Zig.“ verwickelte sich in ihrem Bericht von der Magistratsführung bei Benennung der Verbände so, als wäre die Hauptforderung von dem „christlichen“ Oswaldverbänden eingeleitet worden. Gern hätte man unseren Verband ausgeschaltet, was aber nicht gelang. Da nun von beiden Verbänden die gleichen Forderungen erhoben wurden, hatte die Arbeit auch einen realen Wert. Bei Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 1911 ist unter anderem auch zu lesen, daß die Eingaben auf Erhöhung der Löhne der Gasarbeiter insofern eine Berücksichtigung erfahren, daß bei der im Jahre 1908 aufgestellten Lohnskala die erste Stufe gestrichen und an Stelle dessen die Stufe 2 gesetzt wird. Demzufolge mühte eine Lohnerböhung von 16 Pf. pro Tag eintreten. Ist es auch nicht besonders viel gegenüber der heutigen teuren Verhältnissen, so muß diese kleine Verbesserung, die durch unser Eingreifen ermöglicht worden ist, doch Anerkennung finden. Wäre nicht unser Verband mit dieser Lohnforderung ins Feuer gegangen, so wäre auch dies für die Gasarbeiter den Ingolstädter Zentrumsflammen nicht entziffen worden.

### Aus den Stadtparlamenten

**Harth.** In der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge für nichtpensionsberechtigte städtische Arbeiter wurden Änderungen der bisherigen Bestimmungen vorgenommen, von denen die wichtigste ist, daß den Arbeitern auf die Renten ein Anspruch zusteht, was bisher nicht der Fall war. Die Maximalgrenze des Ruhelohnes stieg von 60 auf 75 Proz., die Minimalgrenze von 20 auf 37 Proz. des Dienstseinkommens. Das Sterbegeld erfährt eine Steigerung von 10 Proz. des Jahresruhelohnes auf den vollen Verdienst, welchen der Arbeiter zuletzt bezogen hat, für den Sterbemonat und das darauffolgende Vierteljahr. Das Wittengeld beträgt künftighin 40 Proz. des Ruhelohnes statt 30. Die bisher übliche Erhöhung des Wittengeldes auf 45 Proz., wenn die Witwe arbeitsunfähig oder über 60 Jahr alt war, ist leider in Wegfall gekommen. Das Waisengeld erfährt eine Verminderung gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Diese Verschlechterung soll dadurch wieder ausgewogen werden, daß das Waisengeld von jetzt ab nicht nur bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres, sondern bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden soll. Diejenigen Arbeiter, welche innerhalb drei Monate die neuen Satzungen nicht unterschreiben, nehmen an den neuen Verbesserungen und Verschlechterungen nicht teil, sondern für diese bleiben die bisherigen Bestimmungen in Geltung.

**Würzburg.** Hier wurden die Beiträge der Arbeiter für die Versorgungsstelle für nicht pensionsberechtigte Arbeiter aufgehoben.

Bisher mußten die Arbeiter 2 Proz. des Lohnes zur Versorgungsstelle beitragen. Gleichzeitig wurden einige minimale Verbesserungen im Rentenbezug eingeführt.

### Aus unserer Bewegung

**Bamberg.** Im Gaswerk zu Bamberg wurde am 19. Dezember das Dreischichtensystem (achtstündige Arbeitszeit) probeweise zur Einführung gebracht. Diese Arbeitszeit bezieht sich jedoch nur auf die Feuerhausarbeiter. Während hier ein sozialer Fortschritt zu verzeichnen ist, ist fast zu gleicher Zeit im Bauamt und der Stadtgärtnerei den Arbeitern durch die Mißgunst des Filialvorsitzenden des „christlichen“ Allerweltverbandes dadurch eine Schädigung geworden, daß diesen Arbeitern zwei freie halbe Tage im Jahr entzogen wurden. Diese beiden Nachmittage (Kirchweihmontag und Jahnabenddienstag) erhielten die Arbeiter schon seit vielen Jahren unter Weiterzahlung des Lohnes frei.

**Vormund.** Die städtischen Arbeiter tagten am 18. Dezember 1910 im Lokal Martin. Zunächst wurden dem anwesenden Stadts. Genossen Fiedenes Rißhände über Rißhände unterbreitet, darunter derartige, die man von einer Stadtwaltung nicht erwarten sollte. Die Vormunder Stadtwaltung ist als „Ruhesbetrieb“ ihren Arbeitern sehr gut bekannt. Betreffs einer Lohnforderung wurde der Vorstand beauftragt, selbige sofort dem Stadts. Verordnetenkollegium und dem Oberbürgermeister zu unterbreiten. Es wird gefordert: 1. für die Lehr- und Kanalarbeiter Anhangslohn 4,50 Mk. pro Tag, derselbe steigt von Jahr zu Jahr um 10 Pf. bis zum Höchstlohn von 4,80 Mk. 2. Kanalarbeiter erhalten bei besonders schmutzigen Arbeiten 50 Proz. zum Grundlohn. 3. Die Arbeiter, welche ein halbes Jahr bei der Stadt beschäftigt sind, erhalten in Krankheitsfällen den Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 26 Wochen. 4. Alle Arbeiter erhalten unter Fortzahlung des Lohnes nach einjähriger Dienstzeit eine Woche, nach dreijähriger Dienstzeit zwei Wochen Sommerurlaub jedes Jahr. 5. Bei der Neuregelung des Lohnes und Gewährung von Urlaub wird die bisherige Dienstzeit in Anrechnung gebracht. Die Kollegen waren mit dieser Forderung einverstanden. Hierauf gab Kollege Horn den Kartellbericht. Er wies besonders auf den Postlot der Petroleumannengesellschaft „Favorit“ hin und forderte die Kollegen auf, keinen Tropfen Petroleum von dieser Gesellschaft zu nehmen, die es nicht für notwendig hält, ihren Arbeitern die abgezogenen Procente bis zu einem ganz geringen Satz wieder zu bezahlen. Der Kollege betonte besonders das Verhalten der „christlichen“ Gewerkschaften, die es ablehnten, ihre Unterschrift zur Verbreitung eines Flugblattes betreffs des Postlots herzugeben. Wahrscheinlich liegt den „Christen“ die Christenankassenswahl noch in den Gliedern. Der Bericht fand viel Interesse bei den Mitgliedern. Die Neuwahl der Kartelldelegierten endete mit der Wahl der Kollegen Deutschmann und Lipphardt sen.

**Frankfurt a. M.** Am 30. Dezember hielt unsere Filiale im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst referierte Kollege Marok über: „Die Nachsahoren der Arbeiterklasse.“ Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurde beschlossen, den Ortsbeamten vom 1. Januar ab nach dem von der Anstellungscommission und dem Vorhause vorgelegten Vertrage anzustellen. Außerdem wurde beschlossen, für jeden Unterkasserer eine Taxe für die Zeitungen anzuschaffen. Kollege Schmitt erwähnte noch die Kollegen, im Krankheitsfalle sich innerhalb dreier Tage auf dem Bureau zu melden. — Die Gasfabrik Obermainstraße beliebt es wieder im letzter Zeit, durch heimliche Schikanen ihren Nachprobensstandpunkt zu zeigen. Zwei Kollegen haben gestern die Kündigung erhalten, welche den Stempel der Wahregelung an der Stirn trägt. Die Kollegen werden sich diese Maßnahmen keineswegs gefallen lassen. Es ist eine öffentliche Gasarbeiterversammlung einzuberufen, welche sich mit den weiteren Maßnahmen beschäftigen soll.

**Bamberg.** In der Mitgliederversammlung am 21. Dezember wurde über die Anstellung eines Sekretärs an Stelle des verstorbenen Kollegen Bürger verhandelt. Dahn erklärte im Auftrage des Vorstandes, dieser müsse empfehlen, einen rednerisch und in schriftlichen Arbeiten bereits als tüchtig erwiesenen Mann auf den Posten zu berufen. Wer auf die Stellung reflektiere, müsse als theoretisch gebildet und als Praktiker erprobter Gewerkschaftsleiter erscheinen; er dürfe es bei und nicht erst werden wollen. Jedes Experimentieren sei in diesem Falle ausgeschlossen. Aus diesem Grunde habe die Ausschreibung der Stelle nicht auf den Kreis unserer Verbandsmitglieder beschränkt werden dürfen. Der Vorstand habe ferner beabsichtigt gehabt, in Vorschlag zu bringen, die Anstellung recht bald, möglichst schon zum 1. Januar 1911 vorzunehmen. Dies sei nun aber in Rücksicht auf die Erkrankung des Kollegen Schönberg nicht gut möglich. Denn es erscheine geboten, sich an den Verhandlungen über die Reuanstellung teilzunehmen zu lassen. Dem Anschein nach sei dies auch in der ersten Hälfte des Januar bereits möglich. Es würde dann eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Dafür wüde sich die heutige

Verammlung entscheiden. Es wurde demgemäß beschlossen. —  
 Alsdann beauftragte sich die Versammlung mit den Kündigungen  
 in der Irrenanstalt Friedrichsberg und bei der Baudeputation.  
 So hat erstattete den Situationsbericht. Diesem zufolge hat die  
 Verwaltung der Irrenanstalt Friedrichsberg schon seit längerer  
 Zeit erkrankten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt, und zwar  
 gleich in den ersten Tagen der Krankheit. Der Anstaltsverwalter  
 hat erklärt, das Krankenhauskollegium (Verwaltungsdeputation)  
 habe es so beschlossen. Man sei im Kollegium der Meinung, daß,  
 wenn man erkrankten Arbeitern nicht kündigt, man verpflichtet sei,  
 solchen Arbeitern auf die Dauer der Krankheit den Arbeitslohn  
 fortzuzahlen, weil die Arbeiter in Wochenlohn stehen. Durch die  
 Kündigung werde aber das Arbeitsverhältnis aufgehoben und die  
 gekündigten könnten keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung er-  
 heben. Die Anstaltsverwaltung wolle aber im übrigen die Konse-  
 quenzen solcher Aufkündigungen nicht ziehen. Alle Gefündigten  
 würden wieder eingestellt, und zwar in jeder Beziehung mit vollen  
 Rechten. Als dieser Sache wegen der Arbeiterausschuss des  
 Krankenhauskollegiums in offizieller Sitzung Auffschuß verlangte  
 und zur Sache Anträge ankündigte, erklärte der Vorsitzende, Herr  
 Weibezahn, Verwaltungsdirektor des Allgemeinen Kranken-  
 hauses, ihm sei von der Angelegenheit nichts bekannt. Er werde  
 aber die Sache dem Krankenhauskollegium vorlegen. Damit konnte  
 einseitigen bei dieser Behörde die Sache in der Schwebe bleiben.  
 Nun aber griff auch die Verwaltung der Straßenreinigung zu der-  
 selben Praxis. Und hier wurde die Sache mit allen Konsequenzen  
 durchgeführt. Es ereignete sich folgender Fall: Ein im vierten  
 Jahre beschäftigter Straßenreiner erkrankte und kam in eine  
 Lungenheilstätte. Nach sechswöchentlicher Krankheitsdauer wurde  
 ihm seine Kündigung nachgeschickt. Als er aus der Anstalt ent-  
 lassen und ihm von dem Arzt der Betriebskrankenkasse der Bau-  
 deputation seine Erwerbsfähigkeit attestiert worden war, meldete  
 er sich wieder bei der Verwaltung der Straßenreinigung zur Ein-  
 stellung, bekam aber folgenden Bescheid: „Ihnen ist ordnungsmäßig  
 gekündigt worden, und die Verwaltung erachtet sich ihnen gegen-  
 über in keiner Hinsicht verpflichtet. Die Verwaltung wird Sie aber  
 auf die Balanzliste setzen, und wenn später die Reihe an Sie  
 kommt, erhalten Sie Bescheid, aber — Sie werden dann als neu  
 eingestellter Arbeiter behandelt. Und so wird zukünftig mit allen  
 Arbeitern verfahren, die sechs Wochen krank sind. Das kommt von  
 der Behörde und die Verwaltung der Straßenreinigung kann nichts  
 daran ändern.“ Der Arbeiterausschuss der Baudeputation trat nun  
 sofort zusammen und beschloß, bei der Baudeputation ernste Vor-  
 stellungen zu erheben. Der Obmann des Ausschusses wurde be-  
 auftragt, zunächst Herrn Oberingenieur Sperber die Angelegen-  
 heit vorzutragen. Herr Sperber erklärte nun, die Behörde habe  
 in der Sache überhaupt noch nichts beschlossen, wohl aber sei in  
 einer Betriebskonferenz für das Ingenieurwesen darüber geredet  
 worden. In dem fraglichen Falle handele es sich also um eine  
 Voreiligkeit der Verwaltung. Im übrigen aber könne er auch nicht  
 sagen, wie die Behörde entscheiden werde. Jedenfalls brauchten  
 aber vorläufig die Arbeiter sich nicht zu beunruhigen. Die An-  
 regung der Sache sei von der Verwaltung der Betriebskrankenkasse  
 ausgegangen. Der Obmann des Arbeiterausschusses machte den  
 Herrn Oberingenieur auf die Folgen der beabsichtigten Praxis  
 aufmerksam. In den Beziehungen der Arbeiterschaft zu der Be-  
 hörde werde ein vollständiger Umschwung eintreten. Durch die  
 Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses werde die Mitgliedschaft zur  
 Versorgungsstufe aufgehoben, die Anwartschaft auf Sommerurlaub  
 und das Anrecht auf höheren Lohn (Dienstalterszulagen) auf  
 Grund der ununterbrochenen längeren Dauer der Dienstzeit be-  
 seitigt. Und vor diesen Folgen werde sich kein Arbeiter schützen  
 können, denn niemand könne seinen Gesundheitszustand bestimmen.  
 Die Folge werde sein, daß die Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis  
 beim Staate von ganz anderen Gesichtspunkten betrachte als bisher.  
 Das weitere daraus ergebe sich von selbst. Die Baudeputation  
 werde das alles aber ja gewiß in Erwägung ziehen. Nach dieser  
 Unterredung wurde dann alsbald der gekündigte Straßenreiner  
 wieder eingestellt, und zwar unter Anrechnung seiner früheren  
 Dienstzeit. In der bald hinterher stattgehabten Generalversamm-  
 lung der Betriebskrankenkasse wurde dann der Vorsitzende  
 Detjens, Mitglied der Baudeputation, der Sache wegen inter-  
 pelliert. Herr Detjens wies es weit von sich, zu dem Vorgehen  
 der Betriebsverwaltung die Anregung gegeben zu haben. Jeden-  
 falls werde auch die Baudeputation solchen Maßregeln nicht zu-  
 stimmen. Dem Arbeiterausschuss ist nun ein weiterer Bescheid  
 noch nicht zugegangen. Die Verbandsleitung erklärt zur Sache:  
 Vorläufig wird unsererseits eine abwartende Stellung einge-  
 nommen. Stellen die Verwaltungen ihr angefochtenes Verfahren  
 ein, ist damit für uns die Sache erledigt. Entscheiden sich die  
 Behörden für Kündigungen in Krankheitsfällen, ist für uns die  
 Situation geklärt. Wir werden zunächst versuchen, die Weiter-  
 führung der Maßnahmen zu verhindern. Gelingt dies nicht, sind  
 Lohnkämpfe die Folge. Und diese werden dann unbedenklich in  
 ganz anderen Formen geführt werden können als bisher. Denn  
 es ist dann keine Veranlassung mehr vorhanden, auf ältere oder  
 jahrelang beschäftigte Kollegen Rücksicht zu nehmen. Sie werden

ja sowieso über kurz oder lang alle nacheinander entlassen. Und  
 ferner kann als absolut sicher angenommen werden, daß die in  
 Rede stehende Praxis auf alle Betriebe des hamburgischen Staates  
 übergreift. Es ist schon wegen der angeführten rückwirkenden  
 Folgen auf die Versorgungsstufe, den Sommerurlaub, die Lohn-  
 tarife und die Verordnung des Senats über die Fortzahlung des  
 Lohnes in Fällen unverschuldeter Arbeitsbehinderung unmöglich,  
 daß eine so tief einschneidende Maßregel auf den einen oder den  
 anderen Staatsbetrieb allein beschränkt bleiben kann. Die Senats-  
 kommission für Staatsarbeiterangelegenheiten wird schließlich ent-  
 weder die Kündigungen verbieten oder eine die Sache generell  
 regelnde Verfügung für alle Staatsbetriebe aufstellen müssen. Auf  
 jeden Fall haben alle Staatsarbeiter ohne Unterschied Ursache, auf  
 der Wacht zu sein zur Wahrung ihrer Interessen. Und daß dies  
 nicht nötig ist, wollen die Arbeiter ihrer Zukunft mit Ruhe ent-  
 gegensehen können, beweist die in Rede stehende Angelegenheit.  
 Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen der Verbands-  
 leitung einverstanden. Als Weihnachtsgeschenk für die Angehörigen  
 der Perlmutterknopfabriker in Frankenhäusen wurden 100 Mk.  
 bewilligt. Ferner wurde beschlossen, unseren arbeitslosen Kol-  
 legen zu Weihnachten eine Unterstützung von 5 Mk. und für  
 jedes Kind 1 Mk. zu gewähren. Die Unterstützung soll ohne Rück-  
 sicht auf die Dauer der Mitgliedschaft gewährt werden, wenn die  
 Arbeitslosigkeit bis zum 21. Dezember eingetreten war.

**Hamburg-Cuxhaven.** Im letzten Viertel des Jahres fanden  
 auf dem Landgebiet eine größere Anzahl Ver- sammlungen statt.  
 Der Distrikt Cuxhaven hält an jedem letzten Sonnabend im  
 Monat eine Versammlung ab. In den letzten beiden Versamm-  
 lungen war der Kollege Schönberg zugegen. Letzterer sprach  
 in der November-Versammlung über die Versorgungsstufe für  
 hamburgische Staatsarbeiter. In der Dezember-Versammlung refe-  
 rierte Genosse Köhler aus Westmünde über die Konsum-  
 genossenschaften. Seine Ausführungen wurden durch den Distrikt-  
 leiter Vaudert unterstützt. Unsere Mitglieder in Cuxhaven,  
 zirka 130 an der Zahl, rekrutieren sich aus der Befahrungsmann-  
 schaft der Staatsbaggereifahrzeuge, dem Loffen-, Leucht- und  
 Tonnenwesen, der staatlichen Fischerei und den Siclarbeitern. Alle  
 sind Staatsarbeiter. Ueber ihre Arbeitsbedingungen ist in den  
 Versammlungen schon manches gesagt und als verbesserungsbedür-  
 ftig bewiesen worden. Vorderrhand mußten die Kollegen aber erst  
 nach und nach zum Verbands herangezogen werden, um dann  
 später Verbesserungen für sie anstreben zu können. Die nächste  
 Versammlung soll ausnahmsweise am Sonnabend, den 14. Januar,  
 stattfinden. Es wird ein Vortrag gehalten werden über die Pläne  
 der Reaktion gegen die organisierte Arbeiterschaft. Alsdann wird  
 die Neuwahl der Distriktleitung erfolgen. Alle Kollegen, welche  
 jetzt an der Leitung beteiligt sind, haben sich in allem als sehr  
 tüchtig erwiesen.

**Hamburg-Borstel-Jork.** Der Distrikt zählt zirka 100 Mit-  
 glieder, Baggerer und Stadtarbeiter. In seiner Versammlung am  
 4. Dezember bei Steinhof, Lübe, war vom Vorstand Kollege Lü-  
 mann erschienen. Er machte Mitteilungen über die von den  
 Arbeiterausschüssen für die Baggerer und für die Wasserbau-  
 inspektion Unterelbe (Staderei) gestellten Anträge, den Tagelohn  
 zu erhöhen und den Akkordlohn tarif bekannt zu geben. Ferner ist  
 bemerkenswert der Antrag, alle Arbeiter auch im Winter zu be-  
 schäftigen und demgemäß die unteren Dienststellen anzuweisen,  
 Arbeiterentlassungen wegen Mangel geeigneter Beschäftigung nicht  
 in Vorschlag zu bringen. Er sprach dann weiter über die Tätigkeit  
 der Arbeiterausschüsse im allgemeinen, dabei auf die Eingabe an  
 den Senat verweisend, wonach die Tätigkeitsmöglichkeit der Aus-  
 schüsse erweitert, die Beziehungen der Ausschüsse zu den Behörden  
 verbessert und vereinfacht, sowie das Wahlrecht zu den Ausschüssen  
 demokratisiert werden soll. Die Neuwahlen der Ausschüsse müssen  
 Anfang 1911 stattfinden. Alsdann wurde noch eine Streit-  
 frage über eine Arbeitsangelegenheit zur Sprache gebracht. Die  
 Sache wurde durch die Aussprache als erledigt betrachtet. Mit  
 Recht wurde aber bemerkt, die Kollegen müßten sich abgewöhnen,  
 immer gleich, wenn ihnen irgend etwas nicht recht gefalle, zu er-  
 klären: „Ich trete aus dem Verband aus!“ Das sei in jedem Falle  
 verkehrt. Rüge vorkommen, was da wolle, alles werde in Versam-  
 mlungen geregelt. Solange müsse sich jeder beschreiben, und Ver-  
 sammlungen würden auf Verlangen stets einberufen werden.  
 Ferner müßten einige Kollegen auch noch begreifen lernen, daß  
 man über die Frage: „Gehöre ich in den Verband oder in den  
 Kriegerverein?“ doch überhaupt nicht streiten könne. Ein Krieger-  
 verein könne doch niemals auf die Arbeitsbedingungen einwirken,  
 zumal, wenn, wie in diesem Falle, der Kriegerverein in Hannöver-  
 schen Dörfern haufe und die Arbeiter bei dem hamburgischen Staate  
 in Arbeit stehen. Alle diese Arbeiter müssen ihrer Gewerkschaft,  
 dem Staatsarbeiterverband angehören, der für die Verbesserung  
 der Arbeitsbedingungen aller Staatsarbeiter eintritt.

**Hamburg-Altlande.** Im Distrikt Crons-Neuenfelde-Bierzig-  
 stücken haben wir reichlich 60 Mitglieder, beschäftigt bei den Strom-  
 bauarbeiten. Der Distrikt hat eine Ausdehnung von zirka drei  
 Stunden in der Runde. In mehreren Versammlungen sprach  
 Kollege Schönberg über Staatsarbeiterangelegenheiten und über

unseren Verband und seine Einrichtungen. Im Dezember konnte eine Versammlung leider nicht stattfinden. Die Distriktsleitung (drei Kollegen) ist aber auf dem Posten. Die nächste Versammlung soll im Januar abgehalten werden, vorausgesetzt, daß der Winter mit seinem Schnee- und Eistreiben den Besuch nicht verbietet.

**Hamburg-Hintenwärdler** zählt zurzeit gegen 140 Mitglieder. In diesem Distrikt haben in letzter Zeit ein halbes Duzend Versammlungen stattgefunden, teils, um über Arbeitsangelegenheiten zu verhandeln, teils, um innere Distriktsangelegenheiten zu regeln. Vom Vorstand war **Schöndberg** anwesend. Der Kassierer **J.** wurde seines Postens enthoben, weil er die im November gesammelten Beiträge nicht an den Vorstand abführte. Die Distriktsversammlung übertrug die Beitragsammlung drei anderen Kollegen. Die Sache **J.** soll der Vorstand weiter verfolgen. Die Hintenwärdler Versammlungen sind in der Regel gut besucht, und die Verhandlungen gestalten sich meistens interessant und lebhaft, weil die Kollegen an allen Verbandsangelegenheiten reges Interesse nehmen.

**Hamburg.** Zum 12. Dezember war eine Versammlung einberufen, um zu dem vom Magistrat auf unsere Lohneingabe erteilten Bescheid zu verhandeln. Kollege **Hohn** erstattete das Referat. Er verwies noch einmal auf unsere aufgestellten Forderungen, erläuterte dann die erreichten Zugeständnisse, im Zusammenhang mit dem Stand unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen, um dann zu zeigen, in welcher Hinsicht zukünftig unsere Bestrebungen noch tatkräftiger einsetzen müssen. Einweilen mühten wir uns nach Lage der Verhältnisse mit dem Erreichten bescheiden. In der Diskussion wurde dem Referenten beipflichtet. Es wurde aber noch betont, die Kollegen sollten allesamt die Versammlungen stets besser besuchen und vor allen Dingen auch die Versammlungsbeschlüsse respektieren. Was in den Versammlungen beschlossen werde, sei unter allen Umständen für jeden Kollegen maßgebend, einerlei, ob er selbst in der Versammlung zugegen war oder nicht. Kürzlich hätten aber sogar Mitglieder des Arbeiterausschusses in offizieller Sitzung Anträge gestellt, die mit unserer Lohneingabe nicht in Einklang zu bringen seien. Das sei entschieden zu mißbilligen. Arbeiterausschussmitglieder hätten stets die Interessen der Allgemeinheit der Kollegen zu vertreten und sie dürften sich nicht zum Sprachrohr der Eigenbrötler machen.

**Altn.** Die Wahlen zu den städtischen Betriebskrankenkassen endeten mit einem vollen Erfolg des freien Gemeindefreierverbandes. In allen Gruppen, in denen er sich an der Wahl beteiligte, trug er auch den Sieg davon. Alle Mittel der verbündeten Christlichen und Streber haben nichts gefruchtet, die verhassten „Noten“ erobern Jahr für Jahr mehr Vertreterische in den städtischen Krankenkassen, wo sie natürlich, um im christlichen Jargon zu sprechen, „ihre Macht mißbrauchen“ werden, um Verbesserungen durchzuführen. Von der Wahl am Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk haben wir schon berichtet. Bei der Wahl zur Betriebskrankenkasse der Straßenbahnen haben sich die freiorganisierten glänzend behauptet, sie haben drei Sitze hinzugewonnen. In der Gruppe C beteiligten sich die Christlichen überhaupt nicht mehr an der Wahl. Auf den Ausgang der Wahl in den Hauptwerkstätten war man gespannt, hat doch hier der freie Verband einen reinen Verbandzettel präsentiert, während man in früheren Jahren das nicht glaubte wagen zu dürfen. Hoherfreulich ist der Ausgang der Wahl am Fuhrpark. Nach der erstmaligen Niederlage bei den Arbeiterauswahlwahlen in diesem Jahre, bei denen der freie Verband nur mit wenigen Stimmen Mehrheit siegte, haben jetzt die Christlichen eine zweite, aber weit größere Niederlage weg. Dem freien Verband fallen durch diesen Sieg sechs neue Mandate zu, ein neues sollte er sich beim Tiefbauamt, drei im Oafen, so daß er jetzt in der Allgemeinen Betriebskrankenkasse 23 Sitze besetzt hat, die Christlichen dagegen haben nur 20, die aber immerhin im Verein mit dem Indifferentismus noch eine knappe Mehrheit bilden. Noch ein Jahr und die Mehrheit ist „sozialdemokratisch“ — huh, schon der Gedanke ist grauig. Es ist natürlich, daß man bei der Vorstandswahl dann genau so vorgeht wie dieses Jahr, wo man den einzigen freiorganisierten Vertreter aus dem Vorstand hinauswählte. In der Generalversammlung der Allgemeinen Betriebskrankenkasse wurde Kollege **D. Schäfer** in den Revisionsauschuss gewählt. So haben denn die diesjährigen Wahlen der freiorganisierten Arbeiterschaft einen bedeutamen Erfolg gebracht. Er wird, davon sind wir überzeugt, den in den städtischen Betriebskrankenkassen versicherten Arbeitern zugute kommen.

**Rundschau**

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens hat seinen Geschäftsbericht für 1909/10 erstatet. Danach zählte der Verband am 1. Juli 1910 31 705 Mitglieder, die in 46 Unterverbänden verteilt sind. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse beziffern sich 1909 auf 41 658,02 Mk., die Ausgaben auf 35 731,88 Mk., der Vorbestand somit auf 5826,74 Mk. 3805 Mk. wurden an Unterstützungen für Witwen und Waisen gewährt

**Zum neuen Jahre.**

Kannst du zurückdenken die Zeit,  
Als der Mensch sich losriß vom Tier auf Erden?  
Weißt du den Geburtstag des Erdenmenschen?  
Als er fühlte mit dumpfem Schauer  
Das Anknospen des göttlichen Sastes,  
Das Pochen an sein Gehirn,  
Als in ihm zum erstenmal  
Der Funke des Bewußtseins wach war.

Wie hab ich des Menschenlebens Haupt  
Im scheuen Besiz, Ach selbst zu wissen,  
Zu wissen von eig'ner Schöpfungstrast!  
Wie blickt er auf zum erstenmal  
Mit leuchtenden Augen umfassend  
In stiller Nacht den blauen Aether über ihm,  
Die wandelnden Lichter des Weltensraums!

Jahrhunderttausendmal umlag  
Der Erdball seine Sonne,  
Und in den hunderttausend Jahren  
Auf dem Erdball in blutigem Kampf  
Gegeneinander kämpfte das Menschentier.

Siehe nun,  
Ein neuer Geburtstag bereitet sich vor.

Mit dumpfem Schauer fühlte die Menschheit  
Das Anknospen des göttlichen Sastes,  
Das Pochen an das Gehirn  
Ungezählter Menschenmassen,  
Ein Aufwachen,  
Ein Aufflammen des Menschheitsbewußtseins.

Ein höheres Wesen will erheben,  
Ein lebend'ger, gewaltiger Stillebau.  
Ein Einheitskörper die Erd' umspannend  
Mit planvoll vorgedachter Arbeit!

Alles in selbstbewusster Schöpfungstrast  
Schaut er vom sicheren Grund empor,  
Die Erde sein Sitz,  
Das Weltall über ihm sein Reich,  
Bei unendliches Erbe!

Georg Thoma

**Stabilität der Elektrizitäts- und Gaswerke.** Ingesamt haben in den ersten 11 Monaten 1910 198 Betriebe mit einem Aktienkapital von 453,25 Millionen Mark im Jahre 1908/09 und 505,27 Millionen im Jahre 1909/10 ihre Geschäftsabläufe für das letzte Betriebsjahr veröffentlicht. Ein Vergleich der Gewinnergebnisse mit den vorjährigen ist nur bei 182 Gesellschaften möglich, die 1908/09 ein Aktienkapital von 444,18, im Jahre 1909/10 ein solches von 488,60 Millionen Mark aufwiesen. Nach dem Hauptverzechnis, gruppierten sich die mit einem Reingewinn arbeitenden Gesellschaften, wie folgt: es betrug

	Zahl der Gesellschaften		Aktienkapital in Mill. Mk.		Reingewinn in 1000 Mk.	
	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10
Elektrizitätsgesellschaften	58	58	249,20	279,00	83,70	88,00
Gasgesellschaften	78	79	64,61	81,80	13,51	16,88
Elektrizitäts- u. Gasgef.	88	84	34,40	24,00	1,51	2,00

Die reinen Gasgesellschaften haben ihren Gewinn relativ am kräftigsten zu steigern vermocht. Die Dividendenergebnisse waren bei den Gesellschaften, bei denen sie sich mit den vorjährigen verglichen liegen, folgende. Es betrug nach den während der ersten 11 Monate bekanntgegebenen Bilanzen:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mk.		Dividende in Proz.	
		1908/09	1909/10	1908/09	1909/10
Elektrizitätsgesellschaften	57	264,52	390,43	7,2	7,8
Gasgesellschaften	74	62,43	78,78	13,4	12,3
Elektrizitäts- u. Gasgef.	86	34,09	24,78	5,2	5,4

Dieser Dividendensteigen beweist, daß für Arbeiterlöhne sehr wohl höhere Aufwendungen gemacht werden könnten.

**Mutterchutz und Säuglingsernährung.** Immer wieder wird in neuerer Zeit von Ärzten und Hygienikern darauf hingewiesen, welch großer Schaden der Volksgesundheit durch die Abnahme des Stillens der Säuglinge erwächst. Diese Abnahme ist so stark, daß in Berlin z. B. die Zahl der brustgestellten Kinder von 678 pro Tausend im Jahre 1885 auf 318 im Jahre 1905 zurückgegangen ist. Die Ursachen für diese bedauerliche Erscheinung sind teils in Mangel an Wohnräumen, Bequemlichkeit, Angst vor einer Beeinträchtigung der „Schönheit“, Unwissenheit der Mütter zu suchen. Zum

Zell ist es aber auch — und gerade bei den Frauen aus dem Volke — die bittere Not, die die Mutter von ihrem Kinde fort hinaus in die Erwerbsarbeit treibt, während der oft erst wenige Wochen alte Säugling in der Obhut einer alten Großmutter oder älterer Geschwister bleibt, die ihn mit künstlicher Nahrung, häufig noch dazu von minderwertigster Qualität, großpäppeln. Hier ist es also nicht allein mit Belehrung und Aufklärung über den hygienischen Wert des Stillens getan, sondern hier muß ein wirksamer geschlechtlicher Mutter- und Säuglingschutz einsetzen, der es der Mutter gewordenen Arbeiterin ohne Sorge um materielle Verluste ermöglicht, möglichst lange dem Kinde die lebenspendende Brust zu reichen. Welch ungeheurer Vorteil eine solche dem Kinde solange als möglich zuteil gewordene natürliche Ernährung für die ganze spätere körperliche und geistige Entwicklung des Menschen bedeutet, das hat Prof. Dr. Rabet kürzlich in einem in Berlin in der Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht gehaltenen Vortrag dargestellt. Es ist nicht nur so, wie vielfach angenommen wird, daß die brustgestillten Kinder besser über die Gefährdungen des Säuglingsalters hinwegkommen. Wenn z. B. nach den Untersuchungen Voelhs in Berlin von den Flaschenkindern achtmal so viel an Magen- und Darmkrankheiten und zehnmal so viel an Rachitis sterben wie von den Brustkindern, so ist damit nicht gesagt, daß diejenigen, die diesen Gefährdungen entronnen sind, nunmehr unter den gleichen Entwicklungsbedingungen stehen wie die mit Muttermilch ernährten Säuglinge. Der Mangel an Kalzfalzen im Blute, infolge der nährstoffarmen künstlichen Ernährung z. B., der die Ursache der Rachitis oder englischen Krankheit, wie es im Volksmunde heißt, ist, führt oft zu dauernden Knochenverbildungen, die, sofern sie sich auf das Becken erstrecken, bei Frauen später oft zu äußerst schweren Entbindungen (Verstümmelung des Kindes, Kaiserschnitt) führen. Auch für das gesunde Wachstum der Zähne ist das Vorhandensein der nötigen Kalzfalze im Blute ein äußerst wichtiger Faktor. Weitere Untersuchungen des genannten Verates ergaben: Je länger die Kinder gestillt werden, um so höher ist später ihre geistige Leistungsfähigkeit. Die über 12 Monate gestillten Kinder einer Dresdener Bezirksschule hatten in ihren Zeitsuren keinmal ungenügend oder schlecht, von den nur 1 bis 3 Monate gestillten aber 43 Proz. Umgekehrt hatten von den kurzgestillten nur 45,3 Proz. in ihren Zeitsuren ein sehr gut, von den langgestillten aber 64 Proz. Die Ueberlegenheit der Brusttinder zeigt sich aber auch noch in einem viel höheren Lebensalter. Je länger die Kinder gestillt werden, desto größer ist ihre spätere Leistungsfähigkeit im Turnen. Dr. Friedjung in Wien hat die Resultate der alljährlichen Leistungsprüfung der Turner eines Wiener Arbeitervereins benützt, um einen Ueberblick über die verschiedene Leistungsfähigkeit der ehemaligen Brust- und Flaschenkinder zu gewinnen. Dabei stellte es sich heraus, daß von den guten Turnern 72 Proz. Brustnahrung von 9 bis 10 Monaten erhalten hatten. Dagegen hatten von den mittleren und schlechteren Turnern weit über die Hälfte nur 3 Monate Brustnahrung bekommen. Endlich konnte Prof. Rabet auch noch auf die von Dr. Roese an Stellungspflichtigen vorgenommenen Untersuchungen hinweisen, aus denen hervorging: Je länger die Kinder gestillt werden, um so höher ist später Körpergewicht und Größe. — Die ungeheure Bedeutung der natürlichen Ernährung für die spätere Gesundheit und Kraft der Menschen ist durch diese Tatsachen zweifellos festgestellt. Soll die Masse unter der heute immer mehr zunehmenden Erwerbsarbeit der Frau nicht unheilbaren Schaden erleiden, so muß auf dem Wege der Mutterschaftversicherung es der arbeitenden Frau ermöglicht werden, nicht nur vor der Entbindung ihrem Körper eine angemessene Zeit Ruhe zu gönnen, sondern auch nach der Geburt noch möglichst lange bei ihrem Kinde zu bleiben. Der Bund für Mutter- und Kindesrecht, ebenso wie der „Bund für Mutterschutz“ fordern daher von der neuen Reichsversicherungordnung die obligatorische Gewährung einer Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung von je mindestens 6 Wochen, zusammen also 12 Wochen Dauer in Höhe des vollen Lohnes sowie die Gewährung eines Stillgeldes in Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung. Der Bund für Mutterschutz hat diese Forderung in seiner letzten Tagung sogar auf 6 Monate erhöht. Diese Forderungen decken sich im wesentlichen mit den von der organisierten Arbeiterschaft erhobenen. Nur so und nur, wenn der der Menschheit ein neues Glied schenkenden Frau auch sonst in jeder Beziehung die nötige Hilfe und Pflege in ihrer schweren Zeit zuteil wird, können wir hoffen, den Fluch zu bannen, den die kapitalistische Entwicklung über die Mütter und Kinder des Volkes gebracht hat.

Wenn der Vater Pastor ist. Unsere Nürnberger Gauleitung erhielt unterm 21. Dezember folgendes interessante Schreiben: „Sehr geehrter Herr! Dadurch, daß mein im Hofgarten zu Wahren als Gehilfe beschäftigter Sohn längere Zeit hier in Urlaub war, erfuhr ich, daß er kürzlich Ihrer Organisation als Mitglied beigetreten ist. Da er aber noch viel zu untreu ist für solche Dinge, seine Zeit benötigen und in seinem Verufe etwas Lütchtiges lernen soll, zudem noch in jeder Beziehung vollständig von mir abhängt, sehe ich mich veranlaßt, hiermit seinen Austritt aus der Organi-

saion zu erklären. Ich halte es für meine Pflicht, Wobon auch die königl. Hofgartenverwaltung in Kenntnis zu setzen. Hochachtungsvoll! St. als Vater.“ — Ob dieses Schreiben auch gekommen wäre, wenn es sich nicht um die freie, sondern um die „christliche“ Organisation handelte?

Denk auch im neuen Jahr an den strillesten Schnapsbohlot! Das ziffernmäßige Ergebnis des ersten Steuer- und Vorkontrolljahres im Spiritusgewerbe liegt nunmehr vor. Nach der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Produktionsstatistik ist der Trinkkonsum von Branntwein in dieser Kampagne von 2602 121 Hektoliter auf den Betrag von 1800 422 Hektoliter zurückgegangen. Ein überaus erfreuliches Ergebnis, das der Manneszucht in der Arbeiterklasse ein großartiges Zeugnis ausstellt und auch unseren Gegnern Respekt einflößen muß. Wieviel Gesundheit wurde dadurch bewahrt, wieviel Leid blieb ungefürt, wieviel Unfälle und Schäden ließen sich vermeiden, wie sehr verrecknet hat sich der steuerfreudige Schnapsbohlot!

Berechtere Bester! Gehörst du zu den Männern, die im Jahre 1910 die 800 000 Hektoliter Branntwein nicht mit getrunken haben? Oder gehörst du zu den Schwächlingen, die mit den verblödeten Riegeln in Oskelbien und halbultivierten Einwanderern aus Galizien den Junkern noch 1 1/2 Millionen Hektoliter Schnaps abgekauft und getrunken haben?

Wenn das letztere zutrifft, wie denkst du über deine Gesundheit, deine Solidariät, deinen Trost im Jahre 1910/11? Bedenke: 80 Millionen Liter wurden weniger getrunken. Wirst du bei denen bleiben, die sich nie austrafen?

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 13 und 14 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. (Weihnachtsnummer). Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 7 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Mittheilungen. Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturfreunde, herausgegeben von Dr. Adolf Reich. 4. Jahrgang, Heft 7-8, Stuttgart, Brantsche Verlagshandlung. Jahrespreis für 12 Hefte und 2 Gralilbuchbeilagen 4 Mk.

Monatsschrift für den elementaren naturwissenschaftlichen Unterricht. In Verbindung mit Prof. Kieny-Gerloff-Weilburg herausgegeben vom Hamburgischen Lehrerverein für Naturkunde. Redakteur: J. S. Herding. Jährlicher Bezugspreis 3 Mk.

Steth. Prof. Dr. J. Clemente des Pflanzenbaus (Naturwissenschaftliche Volkshöcher Nr. 19/20). Mit 149 Abbildungen nach Originalen. Brantsche Verlagshandlung, Stuttgart. 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk.

◆ Briefkasten ◆

Für die Postabonnenten liegt der heutigen Nummer das Inhaltsverzeichnis für 1910 bei.

H. Mannheim. Wie Du siehst, konnte doch noch der „bringende Wunsch“ erfüllt werden. War aber nicht so einfach! Besten Gruß!

Wir bitten diejenigen Filialen, welche im Besitze über-schüssiger Exemplare der Nr. 51 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1910, sind, uns dieselben zu übermitteln.

Der Verbandsvorstand.

◆ Totenliste des Verbandes. ◆

**Ernst Wilh. Noack, Dresden**  
Gasarbeiter  
† 22. 12. 1910, 47 Jahre alt.

**Otto Rebs, Magdeburg**  
† 26. 12. 1910, 42 Jahre alt.

**Karl Giese, Berlin**  
Straßenreinigung  
† 27. 12. 1910, 80 Jahre alt.

**Michael Meier, München**  
Straßenbau  
† 27. 12. 1910, 58 Jahre alt.

**Karol Schubholz, Heilbronn**  
† 28. 12. 1910, 59 Jahre alt.

**Friedrich Herrmann, Lichtenberg**  
† 30. 12. 1910, 58 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!